

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

„Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesfähre 85/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postanweisung Nr. 4089 s. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfennige**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfennige**, auswärtsige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 2.

Donnerstag, den 3. Januar 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Zuckerprämie.

Ueber dieses Thema schreibt ein „Vernunftler“ in unserem Leipziger Bruderorgan:

Die Zuckerinterpellation, über die der Reichstag kurz vor seiner Vertagung verhandelte, kann wohl betrachtet werden als der Einleitungsschritt zu einem, in nicht allzuferner Zukunft aufzuführenden, indianischen Kriegertanz der Rübenmagnaten und Zuckersieder um die Ausfuhrvergütung. Da die Regierung durch den Grafen Posadowsky, der jetzt schon mit aller ministeriellen Grazie mitgetanzt hatte, ihre Erlaubnis zur weiteren Aufführung erteilt hat, so steht wohl dem deutschen Publikum in Kurzem ein ebenso ergötzliches wie für die Steuerzahler Unheil verkündendes Schauspiel bevor. Die Sache wird sich wahrscheinlich noch in dieser Tagung abspielen, sofern der Reichstag die Scylla der „Unsturz“-Vorlage und die Charybdis der Tabaksteuer glücklich passiert, ohne vom Teufel geholt zu werden. Denn am 1. August 1895 wird die Zuckerprämie bedeutend herabgesetzt, und am 31. Juli 1897 soll sie sogar gänzlich verschwinden.

Es weht eine schwüle Luft auf dem Zuckermarkt. Wir Sozialdemokraten haben kein Interesse daran, es zu bestreiten. Der wissenschaftliche Sozialismus ist nicht nur begründet in der Erkenntnis der sozialrevolutionären Stellung des Proletariats, der kapitalistischen Ausbeutung, die nur mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt werden kann, sondern auch in der Erkenntnis jener, gesetzmäßig aus der kapitalistischen Produktionsweise sich ergebenden, rein wirtschaftlichen Umwälzungen und Katastrophen, die in erster Linie die Kapitalistenklasse selbst betreffen, aber für sich allein schon zum gesellschaftlichen Zusammenbruch treiben. Dergestalt sind die Handelskrisen, deren eine die Zuckerkrise ist.

Die Zuckerkrise ist für Deutschland erst im Anzuge. Sie äußert sich vorläufig nur im ungemein schnellen Preisfall seit Anfang 1893/94, während die Zuckererzeugung und Ausfuhr immerfort stiegen. Der Preis für Raffinade ist um etwa 20 Prozent, der Rohzuckerpreis um über 40 Proz. gegenüber 1892 zurückgegangen. Dies während kaum zwei Jahren in einem unaufhaltbar reißenden Tempo. Der äußerst niedrige Zuckerpreis ist ein Zeichen der Marktüberfüllung. Und da die Zuckerproduktion, statt eingeschränkt zu werden, im Gegenteil noch mehr ausgedehnt wird, so muß es offenbar zu einem Zusammenbruch kommen.

Die jetzige Bedrängnis der deutschen Zuckerproduktion durch den amerikanischen Differentialzoll erklären zu wollen, wie es im Reichstage die Weltweisen der kapitalistischen Mehrwerthmacherei sowohl aus der Mitte der Volksvertretung wie vom Regierungstische aus thaten, ist lächerlich. Die deutsche Zuckerausfuhr nach den Vereinigten Staaten ist zwar 1894 gegenüber 1893 etwas zurückgegangen, aber dieser Anfall wurde durch die Mehrausfuhr nach Großbritannien und den Niederlanden mehr als gedeckt, so daß schließlich auch 1894 mehr ausgeführt wurde, als 1893. Eine bedeutende Rübenzucker-einfuhr nach den Vereinigten Staaten datirt überhaupt erst seit wenigen Jahren, und das Aufsuchen eines solchen entfernteren Marktes ist schon das Ergebnis der Uebererzeugung. Man hat einfach darauf los produziert, ohne sich im Geringsten nach der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes zu richten, planlos, wie es die kapitalistische Produktionsweise überhaupt ist. Nun hat man die Bescheerung. Die europäische Rübenzuckerproduktion hat sich während der letzten 40 Jahre auf das 19fache vermehrt. Aber während noch Anfangs der 60er Jahre der französische Rübenzucker in sämtlichen Ländern Europas seinen Absatz fand, decken jetzt sämtliche Großstaaten des Festlandes nicht nur selbst ihren Bedarf, sondern sie sind überdies gezwungen, gewaltige Zuckermassen auf den ausländischen Markt zu werfen. Dieser ausländische Markt ist in Europa beinahe einzig und allein England, neben dem Italien, Schweiz, Schweden und Spanien und die kleinen Balkanstaaten nur wenig in Betracht kommen. Und um diesen Markt kämpfen miteinander: Deutschland, Frankreich, Rußland, Oesterreich, Belgien und die Rohrzuckerländer obendrein. Kein Wunder, daß der Markt überfüllt ist. Um Absatz zu finden, sieht sich der Rübenzucker gezwungen, über die See zu wandern, d. i. in das

Urgebiet des Rohrzuckers. Es fiel dem europäischen Rübenzucker relativ leicht, den in Folge einer primitiven Technik unter hohen Produktionskosten erzeugten, mit einer Ozeanfracht belasteten Rohrzucker aus Europa zu verdrängen, zumal man sich noch obendrein durch starke Schutzzölle gegen den Fremdling gesichert hat. Aber wenn jetzt der Rübenzucker in die Rohrzuckerländer eindringt, so hat er die Ozeanfracht zu tragen und er findet statt der früheren hausbackenen Verfahrungsart eine technisch vollkommene, zu einem Kartell höchster Stufe zusammengeschlossene Großindustrie, die dazu noch vielfach unter weit günstigeren natürlichen Verhältnissen produziert, und zu guter Letzt hat man ihm auch die Manier der Schutzzölle abgequakt. Dessenungeachtet wälzen die Rübenzuckermagnaten immer größere Produktmassen auf den Markt. Der Ausgang ist leicht abzusehen.

Es ist sehr charakteristisch, wie sich der kapitalistische Staat zu diesem wahnwitzigen Treiben der Zuckerproduzenten verhalten hat und verhält. Wie die simplen Privatkapitalisten, so zeigte sich auch die höchste Verkörperung der sozialen Weisheit der Kapitalistenklasse, der Staat, nicht im Stande, die Folgen voranzusehen, und statt die Krisis aufzuhalten, hat er sie im Gegenteil mit allen Mitteln beschleunigt. Diese Mittel sind: Verbrauchssteuer, Eingangszoll, Ausfuhrprämie. Durch die Verbrauchssteuer und die Eingangszölle hat der Staat den Zuckerproduzenten die einheimischen Verbraucher auf Gnade und Ungnade ausgeliefert und selbst dabei ein einträgliches Geschäft gemacht. Aber gleichzeitig wurde dadurch die Ausdehnung des inländischen Verbrauchs gehemmt und damit die Entwicklung der Produktion selbst. Um dem abzuhelfen, erfand man die Ausfuhrprämien. Die Maxime, die jetzt gilt, ist: zu Hause möglichst wenig und teuer, im Auslande möglichst viel und billig zu verkaufen. Ein recht patriotisches Bestreben, durch den Staat nicht nur sanktioniert, sondern geradezu aufgenötigt. So wurde also die Zuckerindustrie vom Staat mit aller Macht gezwungen, möglichst viel auszuführen — desto eher mußte die Krise eintreten.

Nun man auf diese Weise an den Rand des Abgrundes angelangt ist, erheben die Zuckerinteressenten das Jammergeschrei: „Staat hilf!“ Aber auf welche Weise? Man höre den hochgelehrten nationalliberalen Prof. Paasche: „Eine Erhöhung der Prämien ohne Belastung des Reiches würde sich denken lassen, wenn eine kleine Erhöhung der Konsumabgabe eintritt.“ Belastet den Konsumenten, damit der inländische Markt noch mehr beschränkt wird, und zahlt uns Prämien, damit wir den bereits überfüllten ausländischen Markt noch mehr überlasten! Wie sagte doch Goethe? „Nichts Schrecklicheres kann den Menschen geschehen, als das Absurde verkörpert zu sehen.“

Wie ist die Situation? Der raffinierte Zucker, der jetzt in Deutschland mit 46—50 Mk. per 100 Kilogr. notiert wird, kann in England mit viel größerem Vortheil zu 28 bis 32 Mk. per 100 Kilogr. verkauft werden. Seit 1870/74 bis 1885/89 hat sich die deutsche Zuckerproduktion mindestens vervierfacht, aber der Zuckerverbrauch per Kopf der Bevölkerung ist nur von 6,7 Kilogr. auf 7,8 Kilogr., also um ein Sechstel gestiegen. Dagegen vermehrte sich während derselben Zeit der relative Zuckerverbrauch der Schweiz, die selbst keinen Zucker fabriziert, um 150 Proz., und der Englands, das bereits 1870/74 den ungeheueren Zuckerkonsum von 22,6 Kilogr. per Kopf hatte, um 44 Proz.! Diejenigen Länder haben den billigsten Zucker und infolgedessen den größten Konsum, die den Zucker von anderen Staaten beziehen. Liegt es nicht auf der Hand, daß man das Verhältnis umkehren muß, um dem Zuckerhandel wenigstens für die nächste Zeit einen Ausgang zu schaffen aus der Klemme, in der er jetzt steckt?

Weg mit der Ausfuhrprämie, dem Schutz Zoll und der Verbrauchssteuer! Wenn der Zucker um 50 Proz. billiger wird, wird der inländische Konsum zweifellos sich bedeutend heben. Die Verhältnisse der Ausfuhr werden sich aber nicht einmal so sehr verschlimmern, denn ihr jetziger Vortheil gegenüber dem inländischen Verkauf, wird vielmehr durch die 18 Mk. inländischer Verbrauchsabgabe, als durch 1,25 Mk. Ausfuhrprämie gebildet.

Doch werden sicher weder Schutz Zoll, noch Verbrauchssteuer abgeschafft werden. Der kapitalistische Staat braucht die Verbrauchssteuern, weil sie von der Masse getragen werden, und er die Klasse, der er dient, die

Kapitalistenklasse, mit der Staatslast verschonen will. So wird denn weiter fortgewürfelt werden. Die schließliche Katastrophe läßt sich ja auf keine Weise vermeiden, aber so wird sie beschleunigt. Die Zerfegung greift um sich und man nähert sich rasch einem Zustand, wo die ganze herrliche Gesellschaft wie ein fauler Fisch auseinandergeht.

In der nächsten Zeit will man aber vom deutschen Volk ein paar Millionen mehr — um den Zuckerkonsum der Engländer zu bezahlen, währenddem man ihm selbst den Zucker vor dem Munde wegnimmt. Das deutsche Volk wird sich nicht mehr bethören lassen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bismarck als Kunststürzer. Im Joeben erschienen zweiten Bande seines Werkes: „Fürst Bismarck und die Parlamentarier“ theilt Dr. v. Poschinger folgende bisher unbekannt gebliebene Aufzeichnung des ultramontanen Abgeordneten Peter Reichensperger mit:

„Am 11. Mai 1863 hatte der Kriegsminister v. Roon die Sitzung des Abgeordnetenhauses in Folge eines Konfliktes mit dem Präsidenten verlassen, und der erwähnte Abgeordnete wurde von seinen politischen Freunden als Vermittler zu ihm geschickt. Während dieser Unterredung erschien der Ministerpräsident von Bismarck und fragte, was denn vorgefallen sei. Ich theilte ihm, erzählt Reichensperger, kurz die Sachlage mit, worauf Bismarck mich einlud, ihn nach Hause zu begleiten, um ausführlicher zu berichten.“

Auf der Leipzigerstraße unterbrach Herr v. Bismarck, plötzlich stillstehend, meine Erzählung von dem Konflikt mit der Frage: „Wissen Sie, wem diese Schweinereien das meiste Vergnügen machen?“

Ich: „Bitte, Excellenz, mir Ihre Antwort zu sagen, da es darauf doch allein ankommt.“

Bismarck: „Das will ich Ihnen sagen, das ist der hohe Bundestag zu Frankfurt am Main.“

Nun war an mir die Reihe, betroffen still zu stehen und mir einen Augenblick der Ueberlegung zu erbitten. Ich erwiderte dann, daß wenn dem wirklich so sei, dies die schwerste Verurtheilung Sr. Excellenz und seiner Bestrebungen darstelle.

„Wieso meinen Sie das?“ fragte der Ministerpräsident.

„Nun“, erwiderte ich, „dieser hohe Bundestag ist doch wohl keiner Sympathien mit demokratischen Schweinereien verdächtig?“

„Nein“, meinte Bismarck trocken. „Dann muß also“, entgegnete ich, „jener deutsche Bundestag Grund haben, in Ihnen, Excellenz, eine weit größere Gefahr zu erblicken, als in allen Demokraten Deutschlands!“

„Und darin soll er Recht bekommen!“ schloß Bismarck; sprach's und bog mit stummem Grusse und stolz gehobenem Haupte nach der Wilhelmstraße ab.“

Drei Jahre später, 1866, machte Bismarck sein Meisterstück als Kunststürzer, indem er den längst geplante „Hochverrath“ am deutschen Bunde vollbrachte, die „gottgewollte Ordnung des Reiches zertrümmerte, drei Monarchen „von Gottes Gnaden“ entthronte und deren „angestammte“ Lande dem Königreich Preußen einverleibte. Die frommen preussischen Patrioten priesen das als eine „glückliche Wendung durch Gottes Fügung“. Jetzt will dieselbe Macht, die die Früchte dieses Umsturzes genießt, den Staat und die Gesellschaft vor einem anderen „Umsturz“, den sie im Siege der freiheitlichen Ideen sieht, begüten.

Das Reichsamt des Innern untersucht zur Zeit, ob der Anregung der Kommission für Arbeiterstatistik auf Einführung eines Maximal-Arbeitstages für Bäcker- und Konditorgewerbe weitere Folge zu geben sei oder nicht. Hoffentlich siegen die schändlichen Interessen der Bäckerselbstsucht nicht.

Eine Friedensbürgschaft. Um die Bewaffnung der russischen Armee mit dem neuen Kleinkalibrigen Gewehr zu vollenden, sind noch 29 1/2 Millionen Rubel (64,6 Millionen Mark) erforderlich. Der größte Theil der noch zu beschaffenden neuen Waffen wird in Frankreich bestellt, der Rest in russischen Fabriken ausgeführt. — Bis diese

Mordwaffen fertig sind, meint der „Vorwärts“, wird der russische Bär nur brummen und nicht mit den Zähnen um sich schlagen.

Bebel wurde vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, als er am 15. Dezember von der Bedientennatur der Deutschen sprach. Es war am 28. Januar 1886, als Bismarck in der Volendebatte sprach. Er sprach von der „schwachen Entwicklung des Nationalgefühls“ in Deutschland und wies auf die „Ersässer hin, diesen ferndeutschen Stamm“, die sich über ihre Stammverwandten und Vetter, die benachbarten Schwaben, erhaben dünken — im „Bedientenstolz“ auf die französische Livree, die sie einst getragen. Bismarck erhielt damals keinen Ordnungsruf!

Polizei-Anarchistisches. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ befand sich dieser Tage nachfolgende Notiz:

Der russische Anarchist Baron Ungern-Sternberg, welcher aus dem St. Peterburger Gefängnis entflohen war, wurde an der deutschen Grenze verhaftet und in's Gefängnis zurückgebracht. Sternberg war als Gendarm verkleidet.

Nun, als Gendarm hatte er wohl seine richtige Uniform. In ehrliches Deutsch übersetzt, heißt die Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“: der internationalistische Lockspindel, der sich „Baron Ungern-Sternberg“ nannte, sitzt in Rußland bloß zum Schein gefangen, er kann frei umherpazieren, wie das bei einem so braven Vertheidiger der „Religion, Sitte und Ordnung“ nur recht und billig ist.

Die angekündigte Novelle zum Zolltarif ist dem Reichstage zugegangen. Danach sollen sieben Positionen Abänderungen erfahren, nämlich Aether in Fässern 100 Kilogramm 125 Mk., in Flaschen, Krügen u. dergl. 180 Mk. — Baum- und Kiefernholz für den häuslichen oder handwerksmäßigen Bedarf von Bewohnern des Grenzbezirkes, sofern es in Traglasten eingehet oder mit Zugtieren gefahren wird, nach näherer Bestimmung des Bundesrathes und vorbehaltlich der im Falle eines Mißbrauchs örtlich anzuordnenden Aufhebung oder Beschränkung dieser Begünstigungen frei. — Waaren aus Bernstein, Celluloid, Elfenbein, Gagat, Jet, Meerscham, Perlmutter, Schildpatt; Zähne in Verbindung mit Stiften oder Nöhren von Platin oder anderen edlen Metallen, 100 Kilogramm 200 Mk.; Waaren aus unedlen Metallen, mehr oder weniger vergoldet oder versilbert, feine Galanterie- und Dünncassierwaaren aus Aluminium, dergleichen Waaren aus Alabaster, Granit, vernickelt usw. in Verbindung mit nachgeahmten Edelsteinen usw., 100 Kilogr. 175 Mk. — Honig in Waben (Scheiben), 100 Kilogramm 20 Mk., anderer, auch künstlicher Honig 100 Kilogr. 36 Mk. — Kakaobutter in flüssiger oder konsistenter Form (Kakaobutter), 100 Kilogr. 45 Mk. — Speiseöl, als Oliven-, Raps-, Sesam-, Erdnuß-, Buchener-, Sonnenblumen-, Baumwollensamen-Öl in Fässern 100 Kilogr. 10 Mk.; Baumwollensamen-Öl in Fässern, amtlich denaturirt, 100 Kg. 3,50 Mk. — Die Position 31e des Zolltarifs soll folgende Fassung erhalten: andere Parfümerien 100 Kilogr. 100 Mk. und dahinter folgende Anmerkung folgend: Flüssige, alkohol- oder ätherhaltige Parfümerien, einschließlich der alkohol- oder ätherfettigen Kopf-, Mund- und Zahnwässer werden wie Branntwein behandelt.

Die Fuchsmühlerei Affäre kam am Freitag vor dem Münchener Schöffengericht zur Verhandlung. Das Gericht lehnte zunächst den Antrag des Anwalts ab, hinsichtlich der Fuchsmühlerei Vorgänge selbst keinerlei Zeugenverhör vorzunehmen, sondern nur die Frage, ob Urzug vorliege, festzustellen. Der erste Zeuge, Premierlieutenant Mayer-Amberg, konstatarie, die für Fuchsmühlerei ausserlesene Mannschaft sei auf das Strengste vorher instruiert worden, den Gebrauch der Waffen thunlichst zu vermeiden. Die Fuchsmühlerei hätten zweifellos (?) Widerstand verabschiedet; 8 derselben seien Reservisten gewesen, sie hätten Militärmützen getragen und die übrigen Theilhaber aufgereizt. 25 Soldaten hätten aktiven Widerstand gefungen. Die Zeitungsberichte seien größtentheils unzutreffend. Der Anwalt wies in seinem Plaidoyer nach, daß das Verhalten des Militärs ein korrektes gewesen sei, nicht das Recht der Kritik, wohl aber die Art und Weise derselben sei zu verurtheilen. Der Anwalt beantragte Geldstrafen von 30—300. Der Verteidiger tadelt die Berufung des Militärs, sowie das Verhalten derselben; man hätte das Militär nicht aus Amberg, sondern aus München senden sollen. Er beantragte Freisprechung. Das Urtheil lautete gegen den Redakteur Franta auf 50 Mark, gegen Rost auf 40 Mark, gegen Schmidt und Schriber auf 20 Mark, gegen Schwab auf 15 Mark und gegen Morgenstern auf 12 Mark Geldstrafe. Die Motive besagen, der Thatbestand des groben Unfugs sei vollständig erschöpfend nachgewiesen und ebenso die Loyalität des Einschreitens des Militärs. Berufung ist eingelegt.

Österreich-Ungarn.

Die Wahlrechtsbewegung kommt dank der unermüden Agitation unserer Parteigenossen nicht mehr zum Schweigen. Wieder haben in den letzten Tagen mehrere große Volksversammlungen in Wien stattgefunden, die sich mit diesem Thema beschäftigten. Der bekannte Abg. Bernerstorfer schloß in einer imposanten Versammlung seine Rede mit folgenden Worten: „Wir wünschen, daß aus den bürgerlichen Klassen die Furcht vor der sozialen Entwicklung verschwinde; auch in Deutschland hat man das Bemühen, durch die Umsturzvorlage eine neue Konfliktzeit herauf zu beschwören. Deutschland steht

am Vorabend großer Ereignisse, die eher eintreten werden, als es mancher glauben mag; von diesen Ereignissen dürften auch andere Länder und Staaten nicht unberührt bleiben.“ Es sprach noch Arbeiter Bauer, welcher die Arbeiterschaft vor unüberlegten Schritten warnte. Diejenigen, welche die Revolution unter der Arbeiterschaft propagiren wollen, sind kurzfristig und die Feinde derselben. Mit Heugabel-Revolutionen kommt man nicht weiter und gräbt nur an seinem eigenen Untergange.

Holland.

Ein Stück Gewerkschaftsgeschichte, das sich in Holland abspielte, verdient die Beachtung weitester Kreise, weil es lehrt, wie man die Leute zu Anarchisten macht. Im nordwestlichen Friesland liegt eine Landgemeinde, „Het Bildt“ genannt. Zu dieser Gemeinde gehören zahlreiche Dörfer und der fruchtbarste Landstrich der Niederlande, ja vielleicht ganz Europas — durchweg der beste Marschboden. Im Besitz dieses Landes sind einige wenige Grundeigentümer, welche in Amsterdam und anderen Orten, wo es sich gut leben läßt, die hohen Pachtverträge verwalten. Die Pächter, die sog. „Boeren“, bewirtschaften größere Komplexe und haben als Arbeiter nicht etwa Diensthoten (Knechte), sondern Leute, welche zu ihnen genau in dem Verhältniß stehen, wie der Fabrikarbeiter zum Fabrikbesitzer; es wird Tage- und Stundenlohn bezahlt, auch viel in Akkord gearbeitet. Im Jahre 1890 hatten die Landarbeiter von Het Bildt sich zu einer mächtigen Gewerkschaft zusammengeschlossen, welche 600 Mitglieder zählte, außerdem bestand noch eine Organisation der Frauen mit 200—300 Theilnehmerinnen. Diesen Organisationen gelang es bald, einige kleine Vortheile zu erobern, z. B. die Verlängerung der Mittagspause um eine halbe Stunde, Nichtanstellung verheiratheter Frauen, so lange noch arbeitslose Männer vorhanden waren, einige Erleichterungen in den Mietbedingungen u. s. w. Als aber die gesammte Landarbeiterschaft von Het Bildt eine allgemeine Lohnhöhung verlangte, schlossen die gesammten Boeren einen Ring und verweigerten sie. Ein langwieriger Streik war die Folge. Zunächst schien es, als ob die Boeren nachgeben müßten, und in der That beriethen sie auch schon darüber, ob nicht die Lohnhöhung zu gewähren, dafür aber Erniedrigung des Pachtzinses anzustreben sei. In einer Zusammenkunft der Boeren mit den Eigentümern kam man jedoch zu dem Beschluß, jede Lohnhöhung zu verweigern. Nach langem Kampfe unterlagen die Arbeiter trotz des fast beispiellosen Energie, die sie entwickelt hatten, und zwar erlagen sie in Folge innerer Zwistigkeiten, die vermuthlich von den Boeren und Grundeigentümern hervorgerufen oder doch wenigstens geschürt wurden. Von der Hartnäckigkeit des Kampfes zeugt die Thatfache, daß während desselben eine ganze Ernte auf dem Felde verfaulete. — Die Niederlage hatte die fast vollständige Auflösung der Arbeiterorganisation zur Folge; nur ein schwacher, gänzlich unbedeutender Verein blieb übrig und wiederholte Aufstrebungen, die Landarbeiter wieder in der Gewerkschaft zu sammeln, blieben ohne Wirkung. Ein Theil der Arbeiter ist vollständig dem Indifferenzismus verfallen und die Anderen haben sich durchweg dem Anarchismus zugewandt. Damit ist es mit den Aussichten auf eine Verbesserung der Lage der Landarbeiter für längere Zeit vorbei.

Sozialdemokratischer Parteitag für Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und die Hansestadt Lübeck.

Schluß der ersten Sitzung.

Genosse Schwarz-Lübeck: Es scheint ihm, als ob in Gütrow alles auf dem Parteitage über die Agrarfrage gesprochen, und beschlossen sei, fasslich aufgefaßt wäre. Es hätten sich die Gen. Schönlanke und Bollmar in das Referat über die Agrarfrage getheilt. Der eine habe den wissenschaftlichen, der andere den taktischen Theil der Frage behandelt; beide Referate seien aber überaus lehrreich gewesen. Es sei nicht beschlossen worden, dem Bauer Vorreden zu machen, die man nachher nicht halten könne. Die Agrarcommission sei eingeleitet, und ihr die Aufgabe gestellt, die Agrarverhältnisse zu studiren, und ein agrarpolitisches Programm auszuarbeiten. Unser Programm sei für die Industrieverhältnisse zugeschnitten. Das Programm müsse der ländlichen Bevölkerung verständlich gemacht werden. Auch in unserm jetzigen Programm stellen wir ja schon Forderungen an die heutige Gesellschaft z. B. die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Arbeiterversicherung u. s. w. Ebenso könnten wir auch in dem Agrarprogramm Forderungen stellen z. B. die gesetzliche Regelung des Hypothekensystems. Die Verstaatlichung der Versicherungen gegen Witterungsschäden u. s. w. Was die Aufhebung des Eigenthums anbetrifft, so seien derartige Einwände, ob sie von einem Schulmeister oder von einem Pastoren kämen, sehr leicht zu widerlegen. Es sei ja schon von Genossen sehr richtig betont, daß die Hufe nicht mehr in der Familie bleiben könne, weil der Erbe nicht mehr im Stande sei, seinen Geschwistern zu zahlen. Der mecklenburgische Bauer sei heute revolutionär, ohne daß er es wisse. Früher sei es allerdings Mißverhältnis gewesen, seit aber seine Söhne in der Stadt Soldat spielen müßten, sei das anders geworden. Die Söhne lernten dort andere Lebensgewohnheiten kennen, und blieben gewöhnlich in der Stadt. Nur der, welcher die Hufe erben sollte, käme wieder, und der Bauer müsse in der Regel mit fremden Leuten sein Land bearbeiten. Man habe eben sowohl Bollmar, wie auch Schönlanke vielfach falsch verstanden. Die Agrarverhältnisse seien eben in ganz Deutschland verschieden. So hätten z. B. wir Lübeck mit einem viel kräftigeren Bauernstande zu rechnen, wie das in Mecklenburg der Fall sei. Auch die Agitation müsse in Folge dessen hier eine andere sein wie dort. In Mecklenburg seien z. B. die Arbeiter auf dem Lande viel eher zu bewegen, in eine Versammlung zu gehen wie bei uns. Bei uns fürchtete sich der Bauer zu sehr. Die Kleinbauern ständen schon mehrfach auf unserer Seite. Sie würden durch den Militarismus dazu getrieben. Wir brauchen uns bei der Agitation keinen Zwang aufzuerlegen. Wenn wir auf's Land kämen, müßte doch die Abschaffung der Grundbesitzordnung die erste Forderung sein.

Vom Genossen Bartels wird der Antrag gestellt, die Sitzung zu vertagen. Derselbe wird angenommen, ebenfalls ein weiterer Antrag, Montag Morgen 8 Uhr zu beginnen.

Zweite Sitzung.

Montag, 31. Dezember.

Genosse Seß eröffnet die Sitzung um 8 1/2 Uhr.

Nach Verlesung der Präsenzliste erhielt der Genosse Bugda h u das Wort. Derselbe berichtete im Namen der Revisionskommission, daß sie die Abrechnung revidirt, und alles in Ordnung befunden hätten. Sie hätten den Genossen Essinger beantragt, das noch nachträglich eingegangene Geld für das nächste Jahr zu buchen. Er beantrage, dem Genossen Essinger Decharge zu ertheilen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Hierauf wurde in der Tages-Ordnung fortgefahren und erhält Genosse Bartels das Wort. Derselbe hält die Agrarfrage für einen der wichtigsten Punkte, die zur Verathung ständen. Er hätte aber erwartet, daß der Genosse Seß etwas mehr auf die Agrarverhältnisse speziell in Mecklenburg eingegangen wäre. Er hoffe, daß die Genossen noch etwas mehr auf die Verhältnisse in den einzelnen Distrikten eingehen würden. In Bezug auf die Eigenthumsfrage würde ja gewöhnlich die Frage aufgeworfen, wie sich der Bauer im Zukunftsstaat stellen werde. Diese Frage könne man ja überhaupt nicht beantworten, weil man nicht die Zukunft vorher berechnen könne. Der Betrieb des Kleinbauern sei nicht mehr rational genug. Der Kleinbauer könne sich nicht mehr auf seiner Scholle ernähren. Wir könnten dem Bauer nur sagen, daß gerade wir das Eigenthum, wie die Eigenthumsverhältnisse in verbesserter Form aufreben. Der fränkischer Parteitag habe ja auch die Agrarfrage sehr eingehend behandelt. Wir könnten immerhin dem Bauern einige Versprechungen machen. Wir können nur ihm nicht vor dem Untergang retten, aber wir können ihm die Uebergangsperiode so gelinde wie möglich machen. In erster Linie müßten wir uns auf dem Lande an den Arbeiter und den Tagelöhner heranmachen. Die deutsche Landwirtschaft könne nicht mehr mit der Ueberreife konkurriren. Der Bauernbund wolle ja auch der Landwirtschaft helfen. Durch Liebesgaben und Hülfe wären hier die Großagrarier befreit, sich auf Kosten des Volkes die Taschen zu füllen. Die Kleinbauern leisteten diesen Herren noch immer Gefolge, obgleich gerade diese es wären, welche den Besitz der Kleinbauern immer mehr an sich rissen. Er erinnerte an den Herrn von Frege. Wir dürften aber auch auf dem Lande nicht mit leeren Händen kommen; was wir aber an Schriften dort hinführen, das dürften auch keine abgedroschenen Sachen sein. Wir müßten mehr mit Flugblättern, welche die ländlichen Verhältnisse klarlegen aufs Land gehen. Außerdem müßte man sich vorher Erkundigungen über die Verhältnisse in den Distrikten, in welche man agitiren solle, einziehen. Man dürfe auch auf dem Lande nicht so sprechen, wie man vor einer Industriebevölkerung spreche.

Genosse Müller glaubt aus den Debatten heraus nehmen zu können, daß man sich im Grunde genommen über die Art und Weise, wie man in Mecklenburg agitiren müsse, einig sei. Die einzelnen Delegirten sollten ja auch eigentlich, da sie in Mecklenburg wohnen, am besten in dieser Beziehung Bescheid wissen. Wenn sich auch die Agitation zunächst auf die Städte beschränkt habe, so sei man doch allmählich auf die Landagitation übergegangen, und habe sich in die Verhältnisse hineingelebt. Er sei nun der Meinung, daß man zunächst da einzusetzen habe, wo der Bauer noch etwas Eigenthum habe. Der Kleinbauer sei da, wo er noch etwas Besitz habe, auch befreit, diesen zu erhalten. Die Ausfahrungen des Genossen Schwarz über das Hypothekensystem könne er nicht theilen. Man könne doch den Kleinbauern nicht, wie man sagt unter die Arme greifen. Für ihn komme zunächst der Arbeiter und erst in zweiter Linie erst der Bauer in Betracht. Bauern, die keine Leute hätten, gebe es überhaupt nicht. Wer keine Leute beschäftige, sei eben kein Bauer mehr. Der Bauer brauche Leute und bestehe sie auch gebrügelt aus. Im übrigen glaube er, daß man den Bauern keine Versprechungen machen dürfe.

Der Genosse Schwarz war der Meinung, daß man dem Bauern ebensovielein Verprechen zu machen brauche, wie man dies bei dem Handwerker gethan habe. Das Programm, welches die Partei in Zukunft für die Landbevölkerung aufstellen wolle, solle sich in denselben Rahmen bewegen, wie unser jetziges; nur solle es sich mehr mit den ländlichen Fragen beschäftigen. In Bezug auf die Forderungen an die heutige Gesellschaft in dem Programm wiederholten seine geistigen Ausführungen. Die Landwirtschaft in Amerika werde schon von der chinesischen überflügelt. Mit der Einführung der transpazifischen Bahn werde Europa auch von hier aus mit landwirtschaftlichen Produkten überhäuft werden. Wir müßten den Bauern zeigen, wie die Entwicklung es allmählich bis auf den heutigen Zustand gebracht habe. Wie wir allmählich von den Markgenossenschaften auf den heutigen Zustand gekommen seien. Ueber den Zukunftsstaat könnten wir den Bauern nur sagen, daß die Verhältnisse dann gesellschaftlichere sein würden. Wir brauchen auf dem Lande ebensovielein Blatt vor den Mund zu nehmen, wie wir dies in der Stadt gethan hätten.

Gen. Westphal hat vernimmt, daß von den Mecklenburgern nicht davon gesprochen ist, wie es auf den einzelnen Bauernglitern aussieht. Es sei dort, namentlich im ersten Wahlkreise, auf den Bauernglitern noch vielfach die Parzellen-Wirtschaft Mode. Er hätte gern gesehen, daß auch die Vertreter der übrigen Wahlkreise sich hierüber äußerten.

Gen. Bartels wunderte sich darüber, daß die mecklenburger Delegirten sich nicht mehr an der Debatte betheiligten; sie müßten doch am besten in ihren Distrikten Bescheid wissen. So sei doch z. B. die Wildschadenfrage eine brennende in Mecklenburg. Als aber die Kleinbauern die Frage in den Versammlungen des Bauernbundes angeschnitten hätten, seien sie von den Rittersgutbesitzern ausgelacht worden. Ebenso sei es mit der Steuerfrage. Früher mußte der Bauer von dem, was er geerntet hatte, den 10. Theil abgeben, heute müßte derselbe seine Steuern zahlen, ob er geerntet habe oder nicht. Die wirtschaftliche Entwicklung solle dafür, daß das Eigenthum der kleineren Bauern immer weniger werde. Der kleine Bauer von heute ist weiter nichts, als der Hüsenknecht des Kapitalisten und des Großbauern. Er ersuchte darauf die einzelnen Delegirten, sich reger an der Debatte zu betheiligen, damit man mehr über die Verhältnisse in Mecklenburg orientirt werde.

Gen. Kort führte über die Verhältnisse im Strelitzer Wahlkreise aus, daß dort bis zum Jahre 1848 noch eine Art Gemein-Eigenthum bestanden habe. Jetzt seien die Bauern zwar Eigenthümer, aber das Land sei zu ungleich vertheilt. Während der eine gutes Land in der Nähe seiner Hofstelle habe, sei das Land des anderen schlecht und sonderweit entfernt. Daher sei es auch nur Wenigen möglich gewesen, sich existenzfähig zu erhalten. Eine große Plage bilde auch bei ihnen der Wildschaden. Früher habe man dem Bauer das Holz zur Einzäunung ihrer Felder gestiftet, vor einigen Jahren sei ihnen jedoch dieses Recht verweigert. Die Bauern hätten zwar deswegen Prozesse geführt, es sei aber nicht viel erreicht worden. Es sei nun eine Holztaxe eingeführt, nach welcher das Holz bezahlt werden müsse. Die Bauern hätten sich dadurch zwar von den Konservativen, denen sie bis dahin Gefolgschaft geleistet hätten, abgewendet, die Freimüthigen seien uns aber zugezogen und hätten den Kleinbauer an sich gerissen.

Genosse Schwarz glaubte, daß der Fehler hauptsächlich darin liege, daß es in Mecklenburg keine Vereins- und Versammlungs-freiheit gäbe. Es fehle den Mecklenburgern das Recht des freien Meinungsäustausches. In Mecklenburg könne nur bei der Gelegenheit der Reichstagswahlen agitirt werden. Dann würden aber in der Regel nur die brennenden Fragen, die bei den Wahlen gerade vorliegen behandelt. In Mecklenburg gäbe es gar keine Freimüthigen. Es existire dort nur die sogenannte Rechtspartei und die liberale Partei. Die letztere habe bei den letzten Wahlen auch die Verfassungsfrage aufgeworfen. Diese habe aber in einer Wähler-

Verammlung ebenso wenig zu thun wie die Wildschadenfrage. Das Reich könne eben in der Beziehung wenig machen; das seien Sachen, welche die Einzelstaaten für sich zu regeln hätten. Die Wildschadenfrage sei ja in Mecklenburg eine brennende. Sie sei ja auch schon im Reichstage angeschritten worden, es sei aber hier erkärt, das Reich dürfe sich in die Angelegenheiten der Einzelstaaten keine Eingriffe erlauben. Bei der vorigen Reichstagswahl sei ja auch von unsern Gegnern betont worden, daß sie dafür sorgen wollten, daß die Wildschadenfrage aus der Welt geschafft werde. Das seien aber nur leere Versprechungen, welche da gemacht seien. In Sachen habe man mit einer ganz andern Landbevölkerung zu rechnen als in Mecklenburg. Dort seien die Landbewohner vielfach Fabrikarbeiter. Doch nehme auch in Mecklenburg die Zuckerrübe zu. Der Bauer werde sich daher mehr noch auf den Zuckerrübenbau und dieser rühre ihn. Und das sei in Mecklenburg das revolutionäre Element. Der Bauer und der Kleinrentner gehe in die Zuckerrübe, oder gebe sich doch wenigstens dem Rübenbau hin. In Mecklenburg vollziehe sich augenblicklich eine sehr scharfe Klassencheidung. Es gäbe dort bald nur noch Großgrundbesitzer und Proletariat. Auch er möchte noch etwas mehr Aufklärung über die mecklenburgischen Verhältnisse haben. Früher sei z. B. in Mecklenburg Alles Eigentum des Herzogs gewesen. Jetzt herrsche größtentheils das Erbpachtwesen. Er sei auch der Ansicht, daß uns in Mecklenburg die Verhältnisse viel mit helfen. Genosse Köpcke-Neubrandenburg bestätigte, daß früher alles Land Eigentum des Herzogs gewesen sei. In den Jahren 68/69 und 70 sei dann die Erbpacht eingeführt. Es hätten auch die Bauern auf ihren Antrag hin die Erbpachtstellen ankaufen können.

Genosse Wolthufen sprach sich dahin aus, daß in Mecklenburg der Bauernstand zum Theil in der Ferkelung begriffen sei. Es seien z. B. Gegenden da, wo nur Erbpächter seien; die Söhne derselben suchten ja mitunter durch Heirat eine Hufe zu übernehmen; aber auch diese Fälle würden immer seltener. Es gäbe in Mecklenburg auch Erbpächter, welche auf unserem Standpunkte ständen, die Arbeiter nicht weniger. Bei den Wahlen liege aber die Sache ganz anders, da sei die Beeinflussung noch zu groß. Es gäbe in Mecklenburg sehr viele Bauern, die ihr Land nur mit ihren Söhnen bestellten, wenn dieselben nicht beim Militär seien. Noch schlimmer sehe es mit dem Mäher aus; es komme häufig genug vor, daß dieser zum Herbst seine ganze Ernte verkaufen müsse; im Frühjahr müsse dann wieder Ackerbau gekauft werden, und das bedente in der Regel so viel wie Schulden machen. Auch durch den Zuckerrübenbau würden die Bauern ruiniert; es würden mit den Bauern, die Rüben bauen, gewöhnlich Kontrakte abgeschlossen, wonach die Mäher einen bestimmten Zuckergehalt haben müßten. Wenn diese den Gehalt nicht hätten, würden ihnen vom Preise Abzüge gemacht; auch werde der Boden durch den Rübenbau sehr ausgemergelt und könne für die nächsten Jahre zum Morban nicht mehr verwendet werden. Durch die Zuckerrüben kämen aber auch die Sachjüngler nach Mecklenburg; sie verließen aber nach der Campagne nicht Alle wieder Mecklenburg und bildeten so allmählich ein eingewandertes Proletariat heran. Ueber das Wildschadengebiet habe sich ja schon Genosse Schwarz ausgesprochen. Der Ag. Badnik habe das Versprechen gegeben, bis zum Jahre 1905 die Wildschadenfrage zu beseitigen — das sei ja aber noch lange hin. Von Erdbeer ist im Laufe der Debatte folgende Resolution eingeleitet:

Der Parteitag beauftragt die Delegirten, statistisches Material über die Löhne und Arbeitsverhältnisse der ländlichen Arbeiter zu sammeln und dasselbe der in Frankfurt a. M. eingesetzten Agrarkommission zur Verfügung zu stellen.

Gen. Buga hat sich den Ausführungen des Genossen Schwarz an. Ihn ginge die Resolution des Genossen Erdbeer nicht weit genug. Die Agrarkommission wolle nicht nur über die Löhne der Arbeiter, sondern über die ländlichen Verhältnisse überhaupt unterrichtet sein.

Zur Eigentumsfrage bemerkte noch Gen. Grewsmühl, daß im Anfange der 60er Jahre die Bauern das Land kaufen mußten. Es sei das aber schon das dritte Mal gewesen, daß das Land von dem Bauer durch Kauf erworben sei. — Es wurde nunmehr die Resolution Erdbeer angenommen.

(Schluß folgt.)

Bericht

der

Agitations-Kommission für beide Mecklenburg und Lübeck vom Jahre 1894.

Genossen! In dem nun zu Ende gehenden Jahre konnte von der Agitations-Kommission nicht sehr viel für die Agitation gethan werden, da die Mittel, welche der selben zur Verfügung standen, leider sehr spärlich bemessen waren und von diesen Mitteln der überaus größte Theil für Strafen-, Gerichts- und Anwaltskosten verausgabt werden mußte. Es wurden an verschiedenen Orten für vorgenannte Kosten im Ganzen 659 Mark verausgabt, welche Summe eine andere und bessere Verwendung hätte finden können. Diese Summe steht aber in gar schlechtem Verhältnisse zu den aufgebrauchten Mitteln. Es wurden im ganzen von den Meckl. Wahlkreisen nur 471 Mark eingesandt und haben wir es den Lübecker Genossen zu danken, daß wir noch Gelder zur Verfügung haben, da dieselben der Agitations-Kommission 266 Mark zukommen ließen. Auf dem Parteitag von 1892/93 war beschlossen, die Gelder durch Bous aufzubringen, allein auch dieses hatte nicht den erwarteten Erfolg. Es mag zum Theil an den schlechten Erwerbverhältnissen liegen, ein gut Theil Schuld trifft aber auch die Genossen selbst, welche da vielleicht denken: Laßt die Agitations-Kommission für Gelder sorgen, gebrauchen wollen wir sie schon, oder wie der Vertrauensmann von Waren schrieb: Sie sagen einfach: Nehmen ist seliger wie geben." Besagte Bous sind noch zum größten Theil in unseren Händen und harren des Verbandes nach den verschiedenen Orten. In diesem ganzen Jahre wurden nur 2230 versandt, von denen der größte Theil nach Güstrow kam, um die dort verlorenen wieder zu erlangen. Trotz dieser mißlichen Lage ist es doch möglich geworden, einige größere Posten Schriften, wie z. B. die Zukunftsstaats-Debatte, Protokolle, Lassalle'sche Broschüren und einen großen Posten „Wahrer Jacob“ an die verschiedenen Orten mehrere Male zu versenden, welches Material die Genossen jedenfalls gut verwerthen konnten.

Was Versammlungen anbelangt, so liegt es ja wesentlich an den Meckl. Gesetzen, wenn solche gänzlich unmöglich sind. Zwar ist es im Verein mit den Tabak-Arbeitern gelungen, den Genossen Förster aus Hamburg zu einer 14-tägigen Agitationstour zu gewinnen und wurden auch Versammlungen an verschiedenen Orten geplant.

Jedoch an mehreren Stellen wurden dieselben kurz vor dem Termin verboten, theilweise waren auch die Genossen nicht dazu zu bewegen, weil sie sich vorher sagten, es nützt nichts, wir bekommen keine Versammlung frei. Da nun also mit Versammlungen, außer während der Wahlperiode, nichts zu erreichen ist, so ist es jedenfalls werth, den Antrag, der von verschiedenen Seiten an den Parteitag gelangt, betr. periodische Vertheilung von Flugchriften einer Besprechung zu unterziehen. Diese Agitation ist noch immer die beste, weil man bei derselben mit der Bevölkerung in engste Fühlung kommt und die Genossen allerorts Gelegenheiten haben, den Bewohnern des platten Landes ihre Ideen mitzutheilen.

Abrechnung der Agitations-Kommission von Jahre 1894. Einnahme.

		Mark
1. Jan.	Bestand von 1893	371,87
	Bauer, Güstrow, Ueberichuß der Nord-Wacht	6,—
1.	Wolthufen, Parchim	3,50
2.	Mehm, Güstrow, von den Maurern	30,—
14. Febr.	Garber, Boizenburg	18,60
9. März	Seh, Güstrow	50,—
1. Mai	Sozialdemokratischer Verein in Lübeck	150,32
29. Juni	Wolthufen, Parchim	20,—
3. Sept.	M. Schwarz, Lübeck	11,90
7. Okt.	Behl, Grabow	15,—
13.	Korff, Waren	15,—
5. Nov.	Ueberichuß der Lassalle-Feier in Lübeck	104,26
14.	Wolthufen, Parchim	35,—
	Summa	831,15
	Hierzu die Einnahme von Bous:	
	Boizenburg	41,40
	Schwerin	76,60
	Parchim	32,95
	Malschin	18,—
	Rostock	38,40
	Güstrow	38,10
	Neubrandenburg	31,95
	Julien von 1893	1,—
	Summa	1110,15
	Ausgabe.	

		Mark
2. Jan.	Schwerin	37,—
2.	Heisegeld und Diäten für Delegirte zum Parteitag	135,10
3.	Ein Wäs für Druckkosten zum Parteitag	7,10
10.	Verband von 8 Collos mit Druckkosten nebst Ankosten	6,95
7. Febr.	Gerichtskosten nach Waren	277,49
4. April	Boizenburg für Rechtsanwalt Löwenthal	38,—
15. Juni	Mäher bei Bülow, Gerichtskosten	17,—
29.	Waren, Rest der Gerichtskosten	276,90
24. Juli	Dr. Meyer, Agitationsreise nach Mehma	10,15
13. Sept.	Dr. Meyer, Agitationsreise nach Mehma	60,—
	Summa	865,69
	Hierzu Porto und Bestellgelder seit 1. Januar 1894	20,99
	Summa	886,68
	Die Gesamt-Einnahme betrug	1110,15
	Die Gesamt-Ausgabe	886,68
	Reicht Bestand	223,47

Ferner ist noch eingegangen und von den Delegirten der Stammmitteln übergeben:
Für verkaufte Bous vom 1. Wahlkreis 25 Mk. 70 Pf.
II. " " 80 " "
IV. " " 9 " 30 " "
II. " " 4 " 10 " "
VI. " " 12 " 10 " "
Für Agitation von Schwerin 50 " "
" " " " 24 " 69 "

Lübeck und Umgebung.

2. Januar.

Die mündliche Entlassungs- bzw. Schlussprüfung für Volksschullehrer beginnt am Freitag den 4. Januar 1895 um 3 Uhr. — Sämmtliche Seminaristen haben sich alsdann in der alten Gewerbeschule (Pferdemarkt 19) einzufinden.

Für die Hauptgebäude für die deutsch-nordische Ausstellung erhielten den Zuschlag für die Haupthalle mit 87600 Mark Architekt Groothoff und für das Restaurations- und ländliche Gebäude mit 52400 Mark der Architekt G. Thielen, beide in Hamburg.

Das Schaufenster der Papierhandlung von Engel, Ecke der Holsten- und Lederstraße, wurde gestern Abend gegen 6 Uhr das Opfer eines Raufes. Ein Schwerbeladener, der nicht mehr Herr über das Gleichgewicht seines Körpers war, fiel mit solcher Wucht gegen das Fenster, daß dieses nicht widerstandsfähig genug war und dem Anprall nachgeben mußte.

Mißglückte Flucht. Ein dänischer Bäckerlehrling, welcher am Sonntag seine Lehrstelle verlassen, und sich, um in seine Heimath zu reisen, auf den Postdampfer „Halland“ begeben hatte, wurde hier von einem Schutzmann verhaftet und dem Marzfall übergeben. Der Ausreißer hatte vor seiner Abreise seinem Lehrkollegen einen Rock und den beiden Gefellen 6 Mk. bzw. 3,50 Mk. entwendet.

Stadttheater. „Madame Sans-Gêne“ von Sardou, welches Lustspiel gestern Abend bei überaus stark besetztem Hause reichen Beifall erzielte, wird morgen Abend in derselben Besetzung — Frä. Reichenbach als Kathérine Häbscher — wiederholt.

Strafkammer. Sitzung am Montag den 31. Dezember 1894. In eine Gefängnißstrafe von 3 Monaten wurde der schon mehrfach vorbestrafte Rutscher S. wegen Zechprellerei verurtheilt. Er hatte bei dem

Gastwirth Sch. in Stockelsdorf eine Pech von 1,26 Mk. gemacht und seinen Militärpass als Pfand gelassen. Ueber seine Vermögenslage hatte der Mittellose unwahre Angaben gemacht. Von der Untersuchungshaft wird ihm auf die Strafe ein Monat angerechnet. — Wegen Diebstahls bzw. Diebstahlversuchs hat sich der Schmiedegeselle H. zu verantworten. Der Angeklagte gab selbst zu, durch eine neben dem Geschäftshause des Kaufmanns M. in Glesendorf belegene Scheune in den Keller und von hier in den Laden des Kaufmanns gedrungen zu sein. Es fielen ihm aber nur 2 Mk. als Beute in die Hände. Bei einem späteren Besuch fand er die Kasse verschlossen. Er fertigte dann einen Nachschlüssel an und machte dem Laden noch zweimal einen Besuch. Bei dem ersten wurde er von den Lehrlingen des Kaufmanns gestört, und bei dem letzten auch erkannt. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängniß. Das Gericht erkannte jedoch, in Anbetracht der Schwere der Fälle auf 4 Monate Gefängniß. Ein Monat wird durch die Untersuchungshaft, als verbüßt erachtet.

Das 20. Jahrhundert. Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß mit Ende des Jahres 1894 in Wirklichkeit bereits 1900 Jahre seit der Geburt Jesu Christi verstrichen waren. Unsere heutige Zeitrechnung stützt sich nämlich im wesentlichen auf die Berechnungen eines gelehrten Mönches, der im 6. Jahrhundert n. Chr. lebte und unter dem Namen Dionysius der Kleine bekannt ist. Dieser stellte als Geburtsjahr Christi dasjenige fest, was wir heute noch als solches annehmen, d. h. das Jahr D oder das 753. Jahr nach der Gründung Roms. Spätere Gelehrte haben aber diesem Mönche mancherlei Rechenfehler nachgewiesen, so daß heute als feststehend gilt, daß Christus thatsächlich — so paradox dies auch klingen mag — 6 Jahre vor Christi Geburt das Licht der Welt erblickt hat. Selbstverständlich hätte eine Umänderung und Nichtigstellung unserer landesüblichen Zeitrechnung große Verwirrung hervorgerufen und ist deshalb unterlassen worden. Mit vollem Recht konnte aber bereits beim diesjährigen Sylvesterpünich der Anbruch des 20. Jahrhunderts n. Chr. begrüßt werden, wenn auch die Ueberlieferung, die hier mächtiger spricht als die Thatsachen, dazu veranlassen wird, noch 6 Jahren noch einmal das gleiche zu thun.

Die Annoncen deutlich schreiben! Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts braucht für Fehler in einer Annonce, die in Folge unleserlich oder undeutlich geschriebenen Manuskriptes entstanden sind, kein Ersatz geleistet zu werden. Das Reichsgericht ging hierbei von der Ansicht aus, daß Anzeigen, die man einer Zeitung zugesandt, deutlich geschrieben sein müssen. Leider ist dies, wie wir aus Erfahrung wissen, nur zu oft nicht der Fall, da namentlich in der Aufführung von Ziffern häufig die größte Undeutlichkeit herrscht. Auch Waarenbezeichnungen, zumal solche mit fremdsprachlichen Anklang, werden häufig so undeutlich und unrichtig geschrieben, daß sich die Seher mehr aufs Rathen, als aufs Ablesen vom Manuskript verlassen müssen.

Ein mecklenburgisches Schulidyll. In der Rostocker Zeitung lesen wir: „Durch Uebertritt in den Domänen-schuldienst wurde zu Michaelis eine ritterschaftliche Schullehrer erledigt. Als der bisherige Inhaber die Stelle antrat, hatte er als Vorgänger einen von jenen Pädagogen der grauen Vorzeit, wie solche jetzt kaum noch zu finden sein dürften. Dieser alte Herr war seiner Aufgabe in Bezug auf Volksbildung und Volkserziehung nur in der Weise nachgekommen, daß er den Kindern einen Kalender von Anfang bis zu Ende erklärte. War ein Kalendarium abservirt und einige Male repetirt, so ging es an einen Stapel von Zeitungen, welche nimmerweise durchgenommen wurden. Als daraufhin der Pädagoge der Neuzeit auf eine ganz andere Weise die Jugend zu bilden begann, und die Eltern schon ihre Freude darüber zeigte, wurde der Lehrer vom Schulpatron angewiesen, die Kinder nicht so allseitig bilden zu wollen, da er später Leute zum Dungsstreuen haben müsse — und Kündigung droht dem Zuwiderhandelnden.“ — Schade, daß die Schulbildung nicht überhaupt abgeschafft werden kann!

Travemünde. Der Gemeinderath hat, wie wir schon voraussetzten, die Beihilfe von 60 Mk. zur Ausschmückung des Städtchens, anlässlich der Fahnenweihe des Kriegervereins abgelehnt. Der Korrespondent der „Eisenbahnzeitung“ spricht zwar die Hoffnung aus, daß die Gemeinde noch nachträglich etwas bewilligen werde. Es wird sogar auf ein Guthaben von 3000 Mk., welches die Gemeinde bei der Sparkasse hat hingewiesen. Wir glauben, daß wenn man diese 3000 Mk. angreifen will, sich dazu eine zweckmäßige Gelegenheit finden würde.

Das Präsidium des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg hat die Geschäfte der Civilsenate für das Geschäftsjahr 1895, nach einer Bekanntmachung im Amtsblatte, in der Weise vertheilt, daß dem Ersten Civilsenate die Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit und die Angelegenheiten, dem Dritten Civilsenate die aus dem Fürstenthum Lübeck kommenden Sachen, und von den übrigen Sachen der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit diejenigen, bei welchen der Name der beklagten Partei mit einem der Buchstaben A—E einschließlic beginnt, dem Ersten Civilsenate, diejenigen, bei welchen der Name der beklagten Partei mit einem der Buchstaben F—K einschließlic beginnt, dem Zweiten Civilsenat, diejenigen, bei welchen der Name der beklagten Partei mit einem der Buchstaben L—Q einschließlic beginnt, dem Dritten

Civilsenat, und diejenigen, bei welchen der Name der beklagten Partei mit einem der Buchstaben R—Z beginnt, dem Vierten Civilsenat zugewiesen worden sind.

Vermischtes.

Zum Schießen von Sperlingen hatte sich der zweite Lehrer Jacobi in Wilh. Linnenort, Kreis Dels, vor einiger Zeit ein Terschling geborgt und dieses nach der „Locom. a. d. Ober geladen im Schulzimmer hinter dem Schrank aufbewahrt. Am Sonnabend Vormittag am Schluß der Schule beauftragte der Lehrer Jacobi zwei Knaben und ein Mädchen im Alter von zwölf Jahren, das Schulzimmer zu reinigen, während er sich in die Wohnung des ersten Lehrers Fätsche begab. Die Kinder entdeckten das Gewehr und der eine Knabe, August Boguntke, machte sich damit zu schaffen, legte auf das Mädchen Anna Bresler, Tochter des Tischlermeisters Bresler, an und traf es in den Hinterkopf; die Kugel drang in das Gehirn und das Mädchen war sofort eine Leiche; eine große Blutlache bedeckte das Schulzimmer. Der Lehrer Jacobi hat sich sofort dem Staatsanwalt in Dels gestellt.

Ein frommer Spitzhube. Die „N. A. Btg.“ berichtet aus Genua. Der päpstliche Kammerherr Francesco de Amicis wurde wegen Unterschlagung von 150 000 Lire zum Schaden der Marquis Pallavicini-Durazzo zu dreijährigem Kerker und 3000 Lire Geldstrafe verurtheilt.

Über diese Patrioten! Im „Wiesbadener Tageblatt“ lesen wir: „Herrn Rentner und Stadtverordneten Dr. Drehsus ist die Genehmigung erteilt worden, seinen Namen in Dreyer umzuändern und denselben zu führen.“ Weshalb? Weil der französische Hauptmann Drehsus als Landesverräter bestraft worden ist? Nach

dem Nobeling'schen Attentate erhielten auch eine Anzahl Strebender die Erlaubniß, sich nicht mehr Nobeling, sondern Edeling usw. zu nennen. Wenn der Delinquent aber statt Drehsus Schulze oder Müller hieße?

Begnadigt. Warschau. Nach einem aus Wilna eingegangenen Telegramm sind alle wegen Widerstandes bei der Schließung der Kirche in Krowe Verurtheilten begnadigt.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Die Nachrichten über den beabsichtigten Rücktritt des Herrn von Levetzow vom Präsidium des Reichstages tauchen von Neuem auf. Ein leipziger Blatt will wissen, daß er die Ablehnung von Anträgen auf Verschärfung der Disziplinargewalt seitens der Geschäftsordnungscommission oder seitens des Plenums zur Veranlassung nehmen werde, die Niederlegung des Vorsitzes auszusprechen.

Lüttich. Bei der Kammer-Erfahrungswahl wurde der Sozialist Smeets mit 63291 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat Francotta (Katholik), dem zahlreiche gemäßigtere Liberale ihre Stimmen gegeben hatten, erhielt 55510 Stimmen. Es geht vorwärts!

Lübecker Getreidepreise.

31. Dezember.
Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfund:
Weizen . . . 11 Mk. 50 Pf bis 12 Mk. 70 Pf.
Roggen . . . 11 " " " 11 " 50 "
Gerste . . . 10 " " " 11 " " "
Hafer . . . 10 " 50 " " 11 " 50 "
Erbsen . . . 11 " 50 " " 12 " " "
Gelbe Kocherbsen 16 " " " 17 " " "
Grüne " " " " 17 " " "

Sterschaug-Bichmarkt.

Hamburg, 31. Dezember.

Der Schweinehandel vertief gut. Zuführt wurden 1490 Stück, davon vom Norden — Städ. vom Süden — Städ. Preise: Verlandtschweine schwere 50—51 Mk., leichte 50—52 Mk., Sauen 38—45 Mk. und Ferkel 50—51 Mk. pr. 100 Pfd.

Angekommen und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:
Montag, den 31. Dezember.
4,35 U. N. D. Deutschland, Kappel, von Riga in 76 Std.
Dienstag, den 1. Januar 1895.
2,10 U. N. D. Finland, Klinkenberg, von Hangö in 4 T.
7,40 U. N. D. Stella, Lindberg, von Stockholm in 60 Std.
8,31 U. N. D. Fredensburg, Hartmann, von Kopenhagen in 18 St.
Mittwoch, den 2. Januar.
7,30 U. N. D. Burg, Johansen, von Flensburg in 14 Std.
7,40 U. N. D. Orion, Larsson, von Kopenhagen in 12 Std.
8,40 U. N. D. Stadt Stolp, Filze, von Stolpmünde in 34 Std.
9,— U. N. D. Carl, Oberg, von Smögen in 41 Std.
Abgegangen:
Montag, den 31. Dezember 1894.
11,30 U. N. D. Wilhelm Tell, Lange, nach Windau.
3,50 U. N. D. Luba, Lomer, nach Königsberg.
3,50 U. N. D. Vireta, Friedemann, nach Königsberg.
6,10 U. N. D. Najaden, Müller, nach Kopenhagen.
Dienstag, den 1. Januar 1895.
10,— U. N. D. Straßburg, Hinge, nach Reval.
10,30 U. N. D. Rewa, Krellenberg, nach Reval.
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,50m. W., schwach.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Dora ist am 30. v. Mts. in Memel angekommen.
D. Alpha ist am 30. v. Mts. in Libau angekommen.
D. Hansa ist am 30. v. Mts. in Libau angekommen.
D. Livadia ist am 31. v. Mts. von Gelsingfors nach Kopenhagen abgedampft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Sobald erschienen:

M. Reinhard's Hauswirthschafts-Bücher

2 Bände in Quersolio. Elegant gebunden Mk. 2,—. Einzeln à Mk. 1,25. Nach auswärt. incl. Porto Mk. 2,40.

Die Hauswirthschaftsbücher bestehen aus a) Hauptbuch (für den Mann), b) Haushaltungsbuch (für die Frau). Sie verbinden mit ihrer praktischen Eintheilung, der leichten, mühelosen Buchführungsart die Anforderung der ökonomisch-statistischen Wissenschaft.

Mit Hilfe der Hauswirthschaftsbücher ist die Anstellung von rationellen Haushaltsbudgets, die Beschaffung eines brauchbaren statistischen Materials über die Lebenshaltung des Volkes, woran es noch immer fehlt, möglich gemacht worden.

Jeder Arbeiter-Familie sei die Anschaffung der Bücher empfohlen.

Auch Junggeheilen können das Hauptbuch allein mit Vortheil benutzen, ebenso Wirthschafterinnen und Hausfrauen das Haushaltungsbuch.

Bestellungen auf Reinhard's Hauswirthschafts-Bücher werden in der Expedition des „Lübecker Volksboten“ entgegengenommen.

Zur Beachtung! Der Verlag obiger Bücher giebt jedem Käufer derselben, wenn sie ein Jahr geführt sind, für leihweise Ueberlassung des Budgets ein entsprechendes Honorar, bittet aber Jeden, der hierzu bereit ist, um Mittheilung der Adresse, behufs Uebersendung weiterer Gebrauchsanweisung, wie sie speciell die Statistik erfordert.

bestes amerikanisches Petroleum

per Liter auf 16 Pf. = per Pfd. 10 Pf. Frentz & Taubmann.

Durch unsere Expedition ist zu beziehen:

Deutscher Handwerker- und Arbeiter-Notiz-Kalender für das Jahr 1895.

Verlag von Würlein & Co., Nürnberg.

Preis 50 Pf., bessere Ausgabe 75 Pf.

Inhaltsverzeichnis: Geschichtskalender. Ueber Alters- und Invaliditäts-Renten. Zinsberechnungs-Tabelle. Aus dem Gerichtskosten-Gesetz. Post- und Telegraphen-Tarif. Lohn-tabelle. Multiplikations-Tabelle. Maß- und Gewichts-Tabelle. Münzwesen. Gesetz, betreffend die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften. Gesetz, betreffend die Abzahlungs-Geschäfte. Praktische Anleitung zu der gewerblichen Buchführung. Die Religionen der Erde. Einnahme- und Ausgabe-Tabelle. Notiz-Kalender.

Quäker Oats.

Vollnahrungsmittel. Nüchternere Kinderernährung. Vorzügliche Krankenweise. 1 Packet 40 Pf. Zu haben: In den meisten Detail-Geschäften.

Empfehle alle Arten Brennmaterialien sowie sehr gute Kartoffeln. H. Heitmann, Schmiedestr. 9.

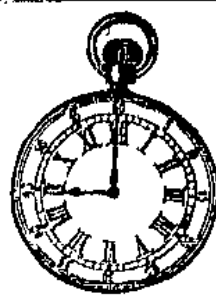
Absolut kostenfreien Voranschau erhalten Sie auf Mobilien und Waaren jeder Art, wenn mir zur Auction übergeben. Johs. Fick, Auctionator, Engelsgrube 43/17.

Für eine leistungsfähige Eisengießerei wird für den Verkauf von Grabkreuzen und Gittern ein tüchtiger Vertreter gesucht. Offert. unter H 5 an die Exped. dieses Blattes erbeten. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Ein im Zeichnen gut veranlagter Knabe zur Erlernung der Lithographie. F. Schulz, Fürstraße 40.

Zahplan der Eisenbahn-Züge.

Gültig vom 1. October 1894.
Lübeck—Hamburg.
Von Lübeck: 6,56. 8,15. (10,20 von Ahrensburg) 10,45. 1,05. 4,00. 6,57. 7,55. (9,40 von Ahrensburg) 9,15. 10,30.
Von Hamburg: 7,30. 8,45. (9,20 nur bis Ahrensburg) 10,25. (12,05 nur bis Dübstedt) 1,45. 3,40. 5,40. 6,33. (8,45 nur bis Ahrensburg) 9,45. 11,20.
Von Dübstedt nach Lübeck: 8,35. 9,30. 11,27. 2,48. 4,28. 6,36. 7,39. 10,51. 12,09.
Lübeck—Büchen.
Von Lübeck: 8,24. 10,47. 1,32. 4,27. 8,27.
Von Büchen: 6,36. 8,54. 12,30. 3,00. 7,06. 9,55.
Von Rappenburg nach Lübeck: 7,09. 9,55. 1,04. 3,51. 7,43. 10,30.
Von Mölln nach Lübeck: 6,57. 9,34. 12,53. 3,33. 7,31. 10,17.
Lübeck—Travemünde.
Von Lübeck: 7,55. 10,40. 2,00. 5,00. 8,30.
Von Travemünde: 6,20. 9,03. 12,00. 3,05. 6,55.
Lübeck—Gutin.
Von Lübeck: 7,40. 10,02. 2,45. 6,00. 9,00.
Von Gutin: 6,00. 9,07. 12,05. 4,15. 7,27.
Ahrensboed.—Gieschendorf.
Von Ahrensboed.: 7,40. 8,55. 10,10. 2,50. 4,05. 7,15. 9,00.
Von Gieschendorf: 8,20. 9,35. 11,00. 3,35. 6,45. 8,00. 9,50.
Mecklenburgische Friedrich-Franz-Bahn.
Von Lübeck nach Kleinen: 7,38. 10,05. 12,15. 5,15. 8,30.
Von Kleinen nach Lübeck: 8,57. 11,12. 2,02. 6,44. 11,00.
Von Schwerin nach Kleinen: 8,30. 10,48. 1,25. 6,18. 10,30.
Von Wismar nach Kleinen: 8,23. 10,40. 1,30. 6,18. 9,30.



Uhren reinigen. 1,50, Federn einsehen. 1,50, Uhrgläser 1. Qual. 0,30. Aug. Büttner, Uhrmacher, 76 Glockengießerstraße 76.

Die Dame, welche am Sonntag in den Central-Hallen eine verkehrte Garderobe erhalten hat, aber erkannt ist, wird ersucht, um sich Unannehmlichkeiten zu ersparen, dieselbe bei H. Stamer, Falkenstraße 34, unzutauschen.

Gesucht per sofort oder 1. Februar ein junges kräftiges Mädchen an Stelle eines kranken bei einzelnen Leuten. Meierstraße 27, part.

Logis für einen jungen Mann. Meierstraße 19, 1. Etage.

Zum 1. April die 2. abgeschlossene Etage nach vorne mit Wasser und Ausguss, sowie Keller und Boden zu vermieten. Jänischhausen 18.

Ein freundl. heizb. Zimmer zu vermieten. Meierstraße 33 a.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeigen.

General-Versammlung der Maurer-Krankenkasse zu Lübeck am Freitag den 4. Januar 1895 Abends 8 Uhr im „Berliner Hof“ Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband Versammlung am Mittwoch den 2. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei F. Lecke, Lederstraße 3. Vollständiges Erscheinen ist erwünscht. Die Ortsverwaltung.

Stadttheater in Lübeck. Donnerstag den 3. Januar 1895: Anfang 7 Uhr: Außer Abonnement. Opernpreise. Zweites Gastspiel von Frau. Hermine Reichenbach vom Bessing-Theater in Berlin. Neuheit. Zum 2. Male: Neuheit. Madame Sans-Gêne. Lustspiel in 4 Akten von B. Sardou. In Scene gesetzt von Direktor Erdmann. Freitag den 4. Januar: 59. Abonnements-Vorstellung. 5. Serie: Gelf. Freitag-Abonnement Nr. 10. Anfang 7 Uhr. Opernpreise. Oberon, König der Elfen. In Vorbereitung: Mamselle Nitouche. Operette. (Neuheit.)

Probehefte und Prospekte durch alle Buchhandlungen. — Soeben erscheint — in 272 Lieferungen zu je 50 Pf. und in 17 Halbfranzbänden zu je 10 Mk.: MEYER'S Fünfte, neubearbeitete u. vermehrte Auflage. KONVERSATIONS LEXIKON 17,500 Seiten Text, 10,000 Abbildungen, Karten und Pläne. 152 Chromotafeln und über 950 Bildertafeln u. Kartenbeilagen. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien.

Lütjenburger Doppel-Rummel (von D. H. Boll), per Liter 75 Pf. G. Hamann, Gr. Gröpelgrube 55.

Nationaler Bergarbeiter-Kongress.

II.

Bauer-Weitmar führte den Vorsitz.

Es wurde zunächst die schon am ersten Tage vorgelegte Resolution Müller angenommen. Dieselbe lautete:

„Als in früheren Jahrhunderten der Bergbau noch in primitiver Art betrieben wurde, ist die achtstündige Schicht die Maximalarbeitszeit gewesen; zumeist war jedoch die wöchentliche Arbeitszeit nur 44 Stunden. Während der langjährigen, über mehreren Generationen fortgesetzten Grubenarbeit ist die persönliche Kraft und Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter durch die natürlichen Folgen der Grubeneinflüsse und der Bergarbeit zurückgegangen, so daß es deshalb gegenwärtig mehr als je geboten ist, die Arbeitszeit nicht über die achtstündige Schicht hinaus gehen zu lassen.“

Nach dem Stande der Entwicklung der Grubentechnik und Produktionsfähigkeit der Bergarbeiter, namentlich der Ein- und Ausfahrt am Seil, der Pferbeförderung und maschinellen Streckenförderung, sowie der hoch entwickelten Kunst des Sprengens, ist der Zeitpunkt auch in dieser Hinsicht für vorhanden zu erachten, namentlich die Arbeitszeit in den Gruben dem Maße der natürlichen Arbeitsleistung anzupassen.

Die Grubenarbeit ist eine sehr schwere und daher stark ermüdende; dazu kommt die erschöpfende Wirkung der Abwesenheit von Sonnen- und Tageslicht, und das Einathmen von Staub, feuchter, zum Theil mit verbrauchten und gefährlichen Gasen gemengter Grubenluft. Diese Bedingungen der Grubenarbeit fordern gebieterisch, die Zeit so zu bemessen, daß die Leistung Schicht um Schicht mit frischen Kräften vollzogen werden kann. Eine längere Schichtzeit als die achtstündige und zwar vom Beginn der Einfahrt bis zum Beginn der Ausfahrt, verhindert aber die notwendige Erholung und Wiederherstellung des Bergarbeiters, führt somit zur fortschreitenden Verelendung und zwar ohne eine Mehrleistung zu erzielen; weil im gleichen Verhältnis wie die stetige Uebermüdung, Erschlaffung und Berkümmern fortgesetzt wird, das Maß der Arbeitslosigkeit sinkt.

Mit der Schädigung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit ist die Vernachlässigung der Sicherheit aufs Engste verknüpft; denn mit der Uebermüdung und Erschlaffung geht naturnothwendig ein Nachlass in der Beobachtung und der Vorsicht einher. Da nun bei den Gefahren der Grubenarbeit die Bergarbeiter für sich selbst einstehen müssen, so besteht dadurch die Verpflichtung, durch Einführung der achtstündigen Schicht die Uebermüdung zu verhindern, resp. die Vorsichtslöcher bis zum Schlusse der Schicht in die Möglichkeit zu setzen.

Weil bei der Bergarbeit die Sicherheit Mehrerer oft von Einzelnen abhängt, so hat hier die Gesetzgebung triftigen Anlaß einzugreifen. Auch deshalb, weil durch die über 8 Stunden hinausgehende Schichtzeit eine Degeneration, sogar ohne jedes Äquivalent, herbeigeführt wird. Und da die längere Schichtzeit über acht Stunden keine Mehrleistung bedeutet, somit die Einführung der achtstündigen Schicht keine Lohnherhöhung im Gefolge hat, so fällt jeder Gegengrund fort.

In Erwägung all dieser Thatsachen erklärt der Kongress die Einführung der Achtstundenschicht, einschließlich der Ein- und Ausfahrt, für eine dringende Nothwendigkeit.“

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Einführung eines einheitlichen Berggesetzes für alle Bergarbeiter Deutschlands, einseitliche Knappschaftskassen und Arbeitsordnungen hält das Referat Müller-Waldburg: Bei den Verhandlungen über das neue Berggesetz haben wir gesehen, daß keine einzige Körperschaft der Welt wie der preussische Landtag mit dem Volkswillen im Widerspruch steht. Das Prinzip der Gerechtigkeit ist die Triebkraft, die Schwachen gegen die Starken zu schützen. Leider ist bisher von der ausgleichenden Gerechtigkeit, von der auch die letzte Thronrede spricht, wenig zu spüren. Die Eigenart der Bergverhältnisse so zersplittert ist. Aber es ist unsere Lebensaufgabe, ein einheitliches Berggesetz zu fordern. Ein solches würde uns auch ein Hinterhalt sein für die Forderung internationaler Regelung dieser Sache. Wenn England und Deutschland gemeinsam die Angelegenheit regeln, so wäre schon viel gewonnen. Leichter ist aber die Regelung zwischen Oesterreich und Deutschland, da die bisherigen Einrichtungen der beiden Länder einander ähnlich sind. Durch ein deutsches Berggesetz und ein freies Koalitionsrecht würde das Elend der Bergarbeiter nun ein Bedeutendes geringer werden. Die gemeinsame Regelung durch das Kohlenhindikat ist eine nur einseitige. Weil der Landtag durch seine Gesetzgebung die Schwachen nicht geschützt hat, ist unsere Forderung: ein deutsches Berggesetz, gerechtfertigt. Früher richtete man sich nach dem Gewohnheitsrecht und der Moral, heute fragt man darnach schon nicht mehr. Heute ist der Profit die Parole. Die Forderung eines Minimallohnes würde bewirken, daß derselbe allgemein würde. Die Grundlage für eine ausgiebige Regelung ist die staatliche Kontrollirung der Bechen, dabei soll je nach der Ausbeute der Lohn bis an eine Maximalgrenze steigen und wenn ein Werk Zubeiße braucht, auf eine Minimalgrenze zurückgegangen werden. Das Verbot der Abzüge auf Füllkohlen ist durch behördlich erlaubte Ausnahmen durchlöcher. Die in den Arbeitsordnungen vorgesehenen Strafen werden nicht objektiv gehandhabt. Wohl ist die Höhe derselben beschränkt, doch nicht die Häufigkeit derselben. Die Statistik von 1887 über Unfälle durch Fahrlässigkeit ergibt, daß sich das Verhältnis zwischen Frauen und Männern auf 40:25 stellt. In Niederschlesien steigt die Ueberarbeit bis auf 78 Stunden pro Mann und Woche. Durch das Berggesetz vom Juli 1885 ist den Arbeitgebern die Hälfte der Vertreter bei den Knappschaftskassen zugesichert, so daß ohne deren Willen nichts Gutes für die Arbeiter geschehen kann. Den Bergarbeitern werden, obwohl sie besonders schlecht gestellt sind, doch nicht die entsprechenden Schutzvorrichtungen zugebilligt. Ganz ungerecht ist der Verlust des Anrechts an die Knappschaftskasse bei Aufgabe der Bergarbeit. Die Mangelhaftigkeit der Berggesetznovelle erhebt am besten durch die schlimmen Zustände der Arbeitsordnungen, dieselben müssen ja vom Bergamt genehmigt sein. In einer Arbeitsordnung Niederschlesien heißt es, daß wenn Arbeiter vor einen andern Ort gelegt werden, sie über das Gedinge sich garnicht äußern dürfen. Nur Pflichten, aber keine Rechte werden uns zugestanden. Bestraft wird unter Andern auch, wer zu spät zum Gebet kommt und

zur befohlenen Beerdigung nicht kommt. Sogar wenn festgestellt, daß ein Arbeiter seine Nothdurft nicht an gehöriger Stelle verrichtet, wird, wenn der Thäter nicht gefunden, ein in der Nähe befindlicher Arbeiter bestraft. Und diese Verordnungen haben die Bestätigung des Oberbergamts Breslau erhalten! Die Bergnovelle giebt aber dem Arbeiter einen Ausweg, nämlich den Austritt aus der Arbeit. Waschvorrichtungen auf den Gruben sind in Schlesien noch selten und doch fordert das Berggesetz Einrichtung für Sitte und Anstand. Die einzige Waschanstalt besteht in Schlesien auf einer Fehde bei Hermisdorf, doch ist das ein Bassin, worin Jung und Alt hinein muß. Ein Urtheil des Pastor Wodschwingh besagt, daß unter 100 Arbeiterwohnungen nur einige wenige genügen. Mit den Aenderungen der Berggesetz-Novelle sind die Rechte der Grubenbesitzer vermehrt und der Schutz der Arbeiter vermindert worden. Die Arbeiter schaffen Reichthümer, die Arbeitgeber erwerben Reichthümer, das Recht steht auf Seiten der Arbeiter. Ein einheitliches Berggesetz muß gefordert werden. (Bravo!)

Horn-Zwickau hält es ebenfalls für besser, wenn die Regelung der Bergarbeiterverhältnisse das Reich übernehme, da vom Reichstage mehr zu erwarten sei, als vom Landtage. Medner beklagt es, daß in Sachsen dem Bergmann alle Rechte auf die Pension (das heißt für die früheren Jahre) verloren gingen, wenn derselbe aus einem Revier in das andere ziehe. Der Punkt 2 der Tagesordnung, die Forderungen Müllers enthaltend, wird von dem Kongress angenommen.

Ein Antrag des Delegirten Meinert lautet:

„In Anbetracht der letzten Beschlüsse des Vorstandes des Allgemeinen Knappschaftsvereins, den Reichsinvaliden Reichsrente nicht anzuzahlen, fordert der Kongress 1) Trennung der Alters- und Invalidenkasse von der Knappschaftskasse oder 2) Aufhebung der Beiträge für die Alters- und Invalidenkasse und Rückzahlung der bisher geleisteten Beiträge.“

Der Antragsteller begründet den Antrag.

Helfer-Bruch spricht gegen die Verwendung der großen Prozeßkosten von Seiten des Knappschaftsvorstandes.

Schröder-Dortmund konstatiert, daß die Erregung im hiesigen Reviere in der Knappschaftsfrage unter den Bergleuten eine sehr große sei.

Die Anträge zu diesem zweiten Punkte werden für den fünften Punkt der Tagesordnung zurückgestellt.

Dritter Punkt der Tagesordnung:

a. Unglücksverhütungen und Bewetterungen in den Gruben. b. Inspektion und Kontrolleure von Arbeitern frei gewählt und vom Staate besoldet.

Hierzu nimmt das Wort der Verbandsvorsitzende Schröder-Dortmund. Müller führe die Zahl der Unglücksfälle auf die mangelhafte Revision von Seiten der Bergrevierbeamten zurück, diese wären aber zu entschuldigen, weil sie mit Arbeit überbürdet wären. Im Oberbergamtsbezirke Dortmund wären 1886 täglich 26, 1892 täglich 44 und 1893 täglich 54 Unglücksfälle vorgefallen. Trotzdem hätte der Landtag in dieser Hinsicht noch nichts gethan. Medner beantragt Einführung von Wettersteigern und bringt folgende Resolution ein:

„In Anbetracht der stetig steigenden Unfallzahl im Bergwerksbetriebe und in Hinsicht darauf, daß die vom Oberbergamte zu Dortmund in Aussicht genommene Ein-

Tren wie Gold.

Novelle von Brutus.

(7. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Der Hohn, welcher aus des Vaters Worten hervorklang und das inquisitorische Verfahren desselben in Gegenwart eines Dritten, den er für einen Abgesandten und Werber des Mädchens hielt, erbitterte den jungen Mann.

„Weiß der Himmel,“ sprach er unwillig, „wie die denn dazu kommt, sich solche Schwachheiten einzubilden. Die harmlosen Galanterien, die ich ihr bei einer gelegentlichen Begegnung angedeihen ließ, berechnen sie denn doch durchaus nicht, mit der Thür direkt in's Haus zu fallen und durch einen Dritten auf Dich einen Druck auszuüben.“

„Sie mißkennen meine Rolle bei dieser Affäre,“ sagte der Buchhalter mit Würde. „Ich bin kein Freiwerber und Kuppelpelz, Herr Eduard Kurzberger. Mich leitet bei meinem Thun das Bestreben, dem Hause, welchem ich seit vielen Jahren diene, einen Glanz und dem Vaterherz eine bittere Erfahrung zu ersparen. Das junge Mädchen aber, dessen Herz zu warmfühlend und dessen Ohr zu leichtgläubig ist, möchte ich vor einem Schicksale bewahren, welches vielleicht ihm selbst und den alten redlichen Eltern das Herz brechen würde.“

„Ich ersuche Dich, Eduard, Deine Insinuationen und hämischen Unterstellungen zurückzunehmen,“ herrschte der Kaufmann den Sohn an. „Auf der Stelle zurückzunehmen. Hast Du mich verstanden?“

„Ich will mich empfehlen,“ sagte der Buchhalter, dem die Szene peinlich wurde.

„Einen Augenblick, Herr Brunhardt. . . Du bist dem alten langjährigen Freunde unserer Firma Dank schuldig, daß er Dich vor einem leichtsinnigen Streiche und mich vor Aerger und Unannehmlichkeiten bewahrt hat. . . statt dessen lohnst Du ihm mit schüdem Undank. Auf der Stelle —“ der Alte stampfte mit dem Fuße und unter seinen buschigen Brauen schossen Blitze hervor.

„Es thut mir leid, Herr Brunhardt,“ stammelte Eduard eingeschüchtert, „ich habe mich geirrt und darum . . .“

„Lassen Sie es gut sein,“ wehrte Brunhardt ab und ging aus dem Zimmer. Ein bitteres Gefühl erfüllte seine Brust und verstimmte ihn zu seinen Kollegen zurück, deren neugierige Blicke auf seine runzelvolle Stirn gerichtet waren. Wenn Herr Sahlmann ein gedankenlesender Spiritist gewesen wäre, er würde sicher seinem alten Kollegen zugerufen haben: „Zum Hängen und zum Freten — Soll Niemand Rath verleihen.“ Es ist wahr, Niemand in der Welt erntet größeren Undank, als wer sich in Liebes- und Heirathsachen mischt, und doch ist keine Thätigkeit so beliebt, wie diese.

Die Mittagsstunden brachte Brunhardt mit seinen unverheiratheten Kollegen im Gasthause zu, ohne seine Wohnung aufzusuchen und Frau Krause und Lieschen mußten aus diesem Grunde ihrer — gewiß erklärlichen — Neugierde bis zu seiner abendlichen Heimkehr Jügel anlegen. Noch niemals war ihnen ein Nachmittag so lang geworden wie heute, noch niemals hatten sie der Heimkehr ihres Miethers so sehnsüchtig entgegengeblickt wie am heutigen Tage. Schneckenhaft langsam krochen die Zeiger an der Schwarzwälder Ruckuhr vorwärts, unruhig sprang Frau Krause einige Male von ihrer

Nachmittagsarbeit auf und eilte an das Fenster, um die StraÙe entlang zu blicken, ob ihr Miether vielleicht auch voll zarter Rücksicht auf die brennende Urgebuld seiner Wirtin sich früher aus dem Geschäfte freigemacht habe. Aber unverrichteter Sache kehrte sie jedesmal schon auf halbem Wege wieder um, denn allein der Gedanke, daß der pünktliche Herr Brunhardt auch nur eine halbe Minute früher heimkehren solle, als jemals in den verfloßenen dreißig Jahren, erschien ihr als eine Thorheit und unbescheidene Forderung.

„Du mußt warten, Mütterlein,“ sagte Lieschen lächelnd. „Herr Brunhardt wird unsertwegen von seinem gewohnten Tagewerk nicht abgehen.“

„Ich bin auch wirklich zu gespannt, Lieschen.“

„Ich durchaus nicht, Mütterlein.“

„Dich geht die Sache doch noch näher an als mich. Du willst doch den jungen Herrn heirathen und nicht ich.“

„Alles, alles möchte ich Dir überlassen und schenken, lieb Mütterlein, nur nicht meinen süßen, zucker süßen Ebi.“

„Wenn Du ihn selbst erst hättest —“ die Mutter versuchte zu lächeln, trotzdem ihr das Herz so schwer war — „Du geberdest Dich grade, als ob Du bereits mit ihm vor dem Altar ständest. . . Und wie weit ist es noch bis dahin!“

„Wir werden schon dahin kommen, sagte Lieschen, etwas ernster werdend. „Wena es auch vielleicht noch manchen Kampf kosten wird, bis wir unser Ziel erreichen werden.“

„Ja, ja, Kind. . . Kämpfe wird es kosten, darauf mußt Du Dich gefaßt machen. Sein Vater reich und vornehm, wir dagegen arm und niedrig.“

„Die Liebe schlägt Brücken über die Klüfte, welche zwei

...führung der Wettersteiger für die Schlagwettergruben eine sehr praktische Maßregel zur Abmilderung der Unglücksverhütung bedeutet, ersucht der Kongress den Staatsminister für Handel und Gewerbe den Rekurs der Bergwerksbesitzer dagegen abzulehnen."

Die Grubenbesitzer haben nämlich gegen die Einführung der Wettersteiger Rekurs eingelegt. Prager-Böckner hält die Einführung von Wettersteiger äußerst praktisch und notwendig, da solche in Sachsen sich sehr bewährt hätten. Die Steiger müßten aber aus dem Kreise der Bergleute gewählt werden.

Die Nachmittagsitzung wurde von dem Vorsitzenden Horn-Zwickau eröffnet. Die Debatte über Punkt 3 der Tagesordnung wird fortgesetzt. Kniezburger-Vorbeck und Klobes-Altendortmund sprechen sich für die Forderungen Schröder's aus, weil sie von der Einführung der Wettersteiger nicht viel erwarten, obschon sie die Notwendigkeit derselben einsehen. Kamp-Despel ist der Ansicht, daß die beste Verhütung der Unglücksfälle ein hoher Lohn sei. Die von gegnerischer Seite aufgestellte Behauptung, daß die meisten Unfälle am Montag und am Tage der Abschlagszahlung vorkämen, entbehrt vollständig der Begründung. So wäre das Unglück auf Kaiserstuhl an einem Sonntag vorgekommen. Er ist für den Antrag Möller — Schröder-Dortmund, tritt ebenfalls für den Möller'schen Antrag ein; die in die Tagesordnung aufgestellten Forderungen, sowie der Möller'sche Antrag werden einstimmig angenommen. Zum Punkt 4 der Tagesordnung "Ver-einsfragen" ist Referent

Bauer-Weitmar: Die Vereinigung mit den Kameraden in Sachsen und Schlesien müsse erstrebt werden. Das Saargebiet müsse ausgeschlossen werden, weil die Kameraden zwar mit dem Ziele des Verbandes sympathisieren, aber leider so abhängig wären, daß sie sich der Vereinigung nicht anschließen dürften. Liebe und Solidarität müßten an Stelle von Haß und Eifersucht treten, dann würden die Wünsche der Bergleute erfüllt werden.

Pazelt-Branbauer'schaft ersucht die Kameraden, an der Vereinigung der Grubenbesitzer ein Beispiel zu nehmen, die nicht nach Politik und Religion ihrer Mitglieder fragten.

Henke-Blauen'scher Grund weist den Vorwurf, als triebe Sachsen Sonderinteressen, zurück. Das Vereinsgesetz in Sachsen würde bei Aufgabe ihres Verbandes die Zahlstellen des Deutschen Bergarbeiterverbandes als Vereine ansehen und auflösen. Die Sachsen wären geistig mit den preussischen Kameraden verbunden.

Schröder-Dortmund verwahrt gleichfalls die Sachsen gegen den Vorwurf der Sonderbestrebungen. Gerade die Sachsen besäßen in hohem Grade Solidaritätsgefühl.

Legien-Hamburg vermißt die Beteiligung der christlichen Vereine, da der Kongress die gleichen Ziele habe, nämlich das Loos der Arbeiter zu verbessern. Die Vertreter des christlichen Gewerksvereins hätten doch den Versuch machen sollen, die Besucher des Kongresses zu bekehren oder umgekehrt. Herr Kaplan Dr. Oberdörfer und Genossen hätten ja beweisen können, daß der Gedanke an einen Zukunftsstaat nur Phantasiegebilde sei. Kein Bergmann leide auf evangelische oder katholische Weise Noth. Nach der Ansicht des Redners wäre der christliche Gewerksverein nur deshalb gegründet worden, um den Verband zu sprengen. Sehr wahr sei es, daß der deutsche Bergarbeiter-Verband mit seinen 11 000 Mitgliedern und seinem niedrigen monatlichen Beitrage nichts

lernen könne. Das Verbandsorgan, welches den Mitgliedern unentgeltlich verabsolgt würde, verschlinge Alles. Der christliche Gewerksverein, welcher keine Zeitung zu unterhalten habe, würde bald das Vermögen des Verbandes weit überragen. Die Beiträge müßten erhöht werden, trotz der niedrigen Löhne. So hätten die Tabakarbeiter trotz ihrer sehr geringen Löhne gegen das Bierfache der Bergleute bezahlt.

Es wurde nun der folgende Antrag angenommen:

"Der Kongress wolle beschließen, den Verband der Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter als die richtige Organisation anzuerkennen und mit allen Kräften dazu beitragen zu wollen, daß sie die Mitgliederzahl erreicht, daß wir kraft derselben die heute beschlossenen Punkte der Tagesordnung und Resolution zur Verwirklichung bringen können."

Punkt 5: Anträge.

Anträge der Delegierten aus Niederschlesien: "In Rücksicht darauf, daß die durch insbesondere in den beiden schlesischen Revieren noch herrschende Ueberarbeit verurthachten Uebermüdungen nicht nur die Gesundheit aller in schädigen, sondern auch die Unglücke steigern und so die dauernde Leistungsfähigkeit vermindern, ohne eine Mehrleistung zu erzielen, ersucht der Kongress die obere Bergbehörde, die geeigneten Mittel zu ergreifen, diese schlimmen Auswüchse des unbefchränkten Verfügungsrechts über ein verliehenes hochbedeutungsvolles Nationalvermögen zu beseitigen und der Verwahrung der mit schwerer und gefährlicher Arbeit sich nutzbar machenden Staatsbürger vorzubeugen," werden angenommen. Ebenso werden die Anträge angenommen, ein Fachblatt in polnischer Sprache herauszugeben und die Behörde im Oberbergamtsbezirk Breslau zu ersuchen Waschkammer einzurichten.

Der Antrag Schwindts auf Verstaatlichung der Bergwerke wurde abgelehnt, ebenso derjenige Bringewald's auf Einführung eines Minimallohns.

Der Antrag Pazelt: "Jedes Jahr einen nationalen Bergarbeiterkongress einzuberufen, um über die allgemeine Lage der Bergarbeiter, deren Forderungen, Stand der Organisation zu berathen", findet Annahme.

Ferner wird folgender Antrag angenommen:

"Der Kongress wolle es den sämtlichen Knappschaftsvorständen unterbreiten, daß sie ihre Beamten anhalten, daß diese im Verkehr mit den Knappschaftsmitgliedern den nöthigen Anstand nicht außer Acht lassen, da vielfach Mitglieder von den Knappschaftsbeamten angezogen werden, welches anßer aller Ordnung ist."

Der Antrag, sämtliche angenommenen Resolutionen und Anträge in einer billigen Broschüre gedruckt herauszugeben, wird ebenfalls angenommen.

Ein Antrag gegen das Trucksystem wird der Kommission überwiesen. Diese Kommission soll alle Anträge und Resolutionen formuliren und dieselben dem Reichstage und Ministerium einsenden. Ferner hat dieselbe den Ort des nächstjährigen Kongresses zu bestimmen.

Horn-Zwickau schloß darauf mit einem dreifachen „Glückauf“ den Kongress.

Soziales und Partei-Leben.

Aus dem Eldorado der Kohlenbarone. Ueber den Lehrermangel in Oberschlesien wird der „Preussischen Lehrer-Zeitung“ geschrieben: Im Laufe dieses Sommers habe ich nachgewiesen, daß in Oberschlesien noch über 600 Lehrer würden angestellt werden

müssen, wenn jede Klasse ihren eigenen Lehrer haben sollte. Unter diesem Uebelstand haben ganz besonders die Landschulen mit dem ein- und zweiklassigen Schulsystem und diejenigen des ober-schlesischen Industriebezirks zu leiden. Laut den statistischen Nachweisungen vom Oktober dieses Jahres ist es in dieser Beziehung nicht besser, sondern sogar noch schlimmer geworden. Ich besitze die statistischen Nachweisungen von 19 ober-schlesischen Kreisschul-Inspektionsbezirken, die gerade die Hälfte der Aufsichtsbereiche im Regierungsbezirk Oppeln ausmachen. In diesen 19 Kreisschul-Inspektionsbezirken fehlen nicht weniger als 379 Lehrer, wenn jede Klasse ihren eigenen Lehrer haben sollte. Die Zahl der fehlenden Lehrkräfte würde sich demnach in den sämtlichen 38 ober-schlesischen Aufsichtsbereichen auf weit über 700 stellen. — Wahrlich, ein erhebendes Schauspiel für das „Volk der Denker“.

Zur Kennzeichnung der grausigen Nothlage, in der sich zur Zeit tausende von Arbeitern befinden, möge ein Schreiben dienen, das dem „Vorwärts“ dieser Tage von Hamburg zugeht. Die Zustände, so heißt es dort, sind bis zu einer Höhe gediehen, daß man sich fragen muß, wie lange es wohl noch so weiter gehen kann. Tausend arbeitsfähige Männer laufen hungrig und frierend umher und suchen Arbeit. Viele Familienväter sind gezwungen für einige Mark Armenunterstützung ihre politischen Rechte zu verkaufen. Die sogenannten Nothstandsarbeiten reichen kaum für den hundertsten Theil der Arbeitslosen aus. Sodann schildert der Einsender seine eigene trostlose Lage. Seit Monaten bereits sei er arbeitslos, obgleich er sich die größte Mühe gebe, solche zu erhalten. Während dieser Zeit habe er mit seiner Familie von altem Brot und sonstigen Abfällen sich genährt. Dabei wandere ein Stück Möbel nach dem anderen ins Pfandhaus, bis auch davon nichts übrig bleibe. — Diese Schilderung des Glendes eines Einzelnen mag wohl in noch weit schlimmerer Weise auf hunderte von Fällen zutreffen und doch — einen „Nothstand giebt es nicht.“

Ein Beitrag zur Bauernlegerei unserer Großgrundbesitzer. In dem Dresden benachbarten Lockwitz hat der hochkonservative Rittergutsbesitzer v. Kapherr nach und nach fast alle Bauerngüter aufgekauft, so daß das Dorf heute nur noch zwei Bauern und ca. 2000 Proletarier zählt. Lange wird es nicht dauern, und auch die zwei kleinen Grundbesitzer werden verschwunden sein. In ähnlicher Weise verfahren Verwandte des Herrn v. Kapherr, die eine gleiche Neigung zum Grundbesitz offenbart haben wie dieser, in den Dörfern Prohlitz und Bärenklause. Das Dorf Kautsch ist vom Rittergute Bärenklause bereits bis auf ein Bauerngut aufgekauft worden. Der Kapherr und seine Verwandten wandeln genau in den Spuren der Frege in Alttauendorf, wo der Grund und Boden vollständig dem Rittergute einverleibt worden ist. Unsere Großgrundbesitzer hindert diese Vergrößerung ihrer Latifundien natürlich nicht, laut ihre Liebe zu dem „Bruder Bauer“ zu betheuern.

Leipzig. Das Stadtverordneten-Kollegium beschloß wegen des Inhaltes eines Leitartikels in Nr. 55 der sozialdemokratischen „Volkszeitung“ über die Stadtverordnetenwahlen gegen Verfasser und Redakteur Gen. Kagenstein, sowie gegen Verleger, Verbreiter und Verfasser eines Wahlflugblattes Strafantrag zu stellen.

Antwerpen. Die hiesigen Bäckergezellen nahmen gegen die vereinigten Bäckerbesitzer Stellung. Sie fordern die Einführung des Minimallohnes und des Maximalarbeitstages. Behufs Besprechung der letzteren Forderung wird demnächst eine Versammlung stattfinden.

Herzen trennt, sie übersteigt Schranken und Hindernisse. Wenn Zwei sich nur gut sind . . . Das Lied muß ich Dir vorsingen, Mutter."

Sie sprang ans Klavier, prälabirte eine Weile und fiel dann mit ihrer melodischen Altstimme ein:

„Kein Graben so breit, keine Mauer so hoch,
Wenn Zwei sich gut sind, sie treffen sich doch.
Kein Wetter so schlecht und zu schwarz nicht die Nacht,
Wenn Zwei sich seh'n woll'n, es wird schon gemacht.
Es giebt wohl noch Mondschein, es scheint wohl ein Stern,
Es giebt wohl ein Lichtchen, giebt wohl 'ne Latern'.
Es giebt ja noch Leitern, zu schmal ist kein Steg,
Wenn Zwei sich nur gut sind, sie finden den Weg."

„Ein schönes Lied," sagte die Mutter, als die letzten Töne verklungen waren und Lieschen wieder an ihrer Seite saß. „Ein schönes Lied und es mag auch wohl Wahrheit darin liegen. Ja, die wahre Liebe vermag viel und mit Recht heißt es in der Bibel: „Die Liebe ist stark wie der Tod und Eifer ist fest wie die Hölle. Ihre Gluth ist feurig und eine Flamme des Herrn. Daß auch viel Wasser nicht mögen die Liebe auslöschen, noch die Ströme sie erfäusen.“ Aber es muß die wahre, echte, treue Liebe sein . . ."

„Glaubst Du nicht, daß unsere Liebe wahr, echt und treu ist?"

„Jedes andere Feuer im Herzen," fuhr die Mutter fort, ohne diese Frage zu beantworten, „jede andere Gluth im Innern werden die Wasser der Trübsal auslöschen und die Thränenströme erfäusen. Und mögen die Menschen diese Gluth tausend Mal Liebe nennen — sie ist nicht die Flamme des Herrn, es ist irdisches Strohfeuer, welches der Regen auslöscht und dessen Spur der Wind verweht. Glaube es mir, mein Kind, die Ehe ist kein Spiel und Tanz durch's Leben, wie die Jugend sich träumt, sie ist strenger Ernst. Die Leidenschaft erlischt — wehe aber, wenn die wahre Liebe fehlt."

Es trat eine Stille ein im traulichen Stübchen.

Die Nachmittagssonne blickte hinein, die Wanduhr tickte leise und zwei dunkle Mädchenaugen richteten sich mit sinnendem Ausdruck auf die Mutter. Sogar das hoffnungsfrohe Herz schon langsamer.

„Und glaubst Du nicht, lieb Mütterlein," fragte Lieschen und schmiegte sich bang an die Mutterbrust. „Glaubst Du nicht, daß unsere Liebe wahr, echt und treu ist?"

Es war dieselbe Frage, welche die Mutter schon einmal unbeantwortet gelassen hatte und auch jetzt erwiderte sie ausweichend: „Wir wollen es hoffen, Lieschen."

„Es wäre mein Tod, Mutter, wenn mein Eidi von mir gerissen würde."

„Das Sterben ist nicht so leicht, mein Kind, und manches Herz ist längst gebrochen, ehe der grüne Rasen es deckt."

„Aber so wie wir uns lieben, Mutter."

„So haben auch Andere vor Euch geliebt und Andere werden nach Euch ebenso lieben . . . Und deunoch so Entfremdung und Trennung."

„Ich habe es mir so lieblich ausgemalt, Mütterlein, wie ich Alles einrichten will, wenn ich erst Eidi's Frau bin . . . Und wir werden glücklich werden. Du glaubst nicht, wie Eidi mich liebt, wie zärtlich er mich anblickt, wie liebevoll seine Hand über mein Haar fährt, wie innig seine Lippen meinen Namen flüstern. Ich möchte auffauchen vor Lust, mein Herz will mir zerspringen vor Seligkeit, und Du blickst so traurig, Mutter?"

„Lieschen!"

Die alte Frau schlang ihre Arme um ihr jüngstes Kind und weinte leise.

Endlich kam der Abend, pünktlich wie seit 30 Jahren betrat Brunhardt sein Zimmer.

„Ich habe Ihnen etwas mitzutheilen, Frau Krause," sprach er und seine ernste Miene machte die langen Ahnungen im Herzen der Wirthin zu einer Gewißheit.

„Lassen Sie auch Lieschen hereinkommen."

Wohl hatte er es sich auf dem Heimwege überlegt

in welcher Weise er seine schlimme Botschaft ausrichten sollte, war aber zu dem Resultat gekommen, daß ein einmaliger Stich in's Herz einem peinlichen Verzögern vorzuziehen sei. Er kam sich vor wie ein Arzt, welcher eine schmerzhafteste Operation auszuführen hat. Räsich und gründlich — so lautete sein Programm.

Es lag deshalb etwas Starres in seinen Worten und Zügen, als er begann: „Du mußt Dich auf eine recht schlimme Botschaft gefaßt machen, Lieschen. Willst Du stark sein?"

„Ach, Herr Brunhardt, liebster Herr-Brunhardt."

Die sonst so rosigen Wangen des hoffnungsfrohen Kindes waren blaß geworden und die Augen blickten mit ängstlicher Spannung auf den alten Buchhalter.

„Du mußt Deinen Träumen entsagen, Lieschen und Deine Hoffnungen in's Grab legen, die Wirklichkeit entspricht ihnen nicht."

„Der Vater . . ."

„Herr Kurzberger . . ."

„Der Vater ist in der Sache nicht betheilig, der Herr Sohn, der Herr Eduard Kurzberger hat in meiner Gegenwart erklärt, daß es ihm niemals in den Sinn gekommen sei, an eine Eheverbindung mit Dir zu denken, er sei sich nur einiger ganz harmloser Galanterien bewußt und müsse Deine Auffassung dieses Verhältnisses für ein Mißverständnis halten. Er hat mich ermächtigt . . ."

Weiter kam er nicht. Während seines Sprechens waren die schwarzen Augen starr und ohne Ausdruck auf seine Lippen gebannt gewesen. Jetzt mit einem Schlage kam Regung in die Gestalt. Wie von einer Mitter gestochen fuhr sie empor und „Mißverständnis!?" rang es sich von den Lippen des betrogenen Mädchens. Wie ein lange verhaltener Aufschrei klang es, wie ein Wehruf aus unennbarem Schmerz.

„Ein Mißverständnis!" murmelte die Mutter mechanisch nach wie ein leises Echo und „nur ein Mißverständnis!" brummte Brunhardt ingrimmig, als Mutter und Tochter bereits sein Zimmer verlassen.

(Fortsetzung folgt.)